

### Die Wirtschaftsentwicklung der GUS-Staaten in den neunziger Jahren

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (1996). *Die Wirtschaftsentwicklung der GUS-Staaten in den neunziger Jahren*. (Berichte / BIOst, 38-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42605>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

## Inhalt

Seite

Kurzfassung	
.....	
4	
Überblick	
.....	
6	
Makroökonomische Entwicklungen.....	6
Veränderungen der Eigentumsverhältnisse.....	7
Geld- und Bankwesen.....	8
Einkommen.....	8
Arbeitsmarkt.....	9
Lebensqualität.....	9
Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung des Bruttoinlandspro- dukts (BIP) in den GUS-Staaten	
.....	
10	
Die Wirtschaftsentwicklung in der GUS	
.....	
13	
Die slawischen Republiken und Moldova.....	13
Rußland (Rußländische Föderation).....	13
Belarus.....	15
Ukraine.....	17
Moldova.....	19
Die transkaukasischen Republiken.....	20
Armenien.....	21
Aserbaidshan.....	22
Georgien.....	25
Die mittelasiatischen Republiken.....	26
Kasachstan.....	27
Kirgistan.....	29
Tadschikistan.....	29
Turkmenistan.....	30
Usbekistan.....	32
Statistischer Anhang	

.....  
34

Summary

.....  
36

15. August 1996

**Roland Götz**

## **Die Wirtschaftsentwicklung der GUS-Staaten in den neunziger Jahren**

**Bericht des BIOst Nr. 38/1996**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Im vorliegenden Bericht wird die Wirtschaft der GUS in den neunziger Jahren dargestellt. Schwerpunkt sind die Entwicklungen in den einzelnen Staaten; Fragen der GUS-Integration werden nur gestreift. In einem einleitenden Abschnitt wird ein Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse in der GUS insgesamt gegeben. Auch eine statistische Abwägung der Einflüsse verschiedener Faktoren auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts wird versucht. Daraufhin wird auf die Situation in den einzelnen Staaten gesondert eingegangen, wobei länderspezifische Problematiken sowie Einflüsse der politischen Situation auf die wirtschaftliche Entwicklung im Vordergrund der Betrachtung stehen.

#### *Ergebnisse*

Der seit Ende der achtziger Jahre in den Sowjetrepubliken bzw. ihren Nachfolgestaaten zu beobachtende Produktionsrückgang hatte sowohl gemeinsame als auch länderspezifische Ursachen. Gemeinsam hatten die neuen unabhängigen Staaten die Folgen der Auflösung des planwirtschaftlichen Systems und die Etablierung der neuen Wirtschaftsform zu bewältigen. Unterschiede in der Produktionsentwicklung ergaben sich als Folge innenpolitischer und äußerer Konflikte, aber auch aus der Ressourcenausstattung der verschiedenen Länder. Auf die Inflationsentwicklung wirkte sich die Beanspruchung des Staatsbudgets durch militärische Ausgaben wie auch der Kurs der Geld- und Kreditpolitik aus, den die jeweilige Zentralbank einschlug.

Im Außenhandel war ein Vordringen von Importwaren vor allem auf den Sektoren Textilien, Bekleidung, Lebensmittel sowie Konsumelektronik zu beobachten. Die Exporte derjenigen GUS-Staaten, die in hohen Mengen über Rohstoffe verfügen, stiegen an, wobei sich eine Umorientierung vom Wirtschaftsraum der GUS in Regionen außerhalb der GUS einstellte.

Indem sich die Produktionsstruktur zugunsten der Dienstleistungen verschob, wurde eine Annäherung an Proportionen westlicher Länder in Gang gesetzt. Das Verhältnis zwischen Industrieproduktion und landwirtschaftlicher Erzeugung änderte sich in Abhängigkeit von länderspezifischen Faktoren, wobei keine einheitliche Tendenz zu verzeichnen war.

Bei der Einkommensverwendung stieg der Anteil des privaten Verbrauchs an, was durch den Rückgang der Anteile von Rüstung und Investitionen bedingt war. Die absolute Höhe des Konsums ging allerdings überall zurück.

Die Privatisierung der kleinen Handels- und Dienstleistungsbetriebe ging überall rasch vor sich. Dagegen ist die Privatisierung der größeren Staatsbetriebe des Bergbaus und der verarbeitenden Industrie in einigen GUS-Staaten (Ukraine, Belarus, Turkmenistan, Usbekistan) noch kaum begonnen worden. Sehr unterschiedlich gestaltete sich die Privatisierung im Agrarbereich. Dagegen erfolgte überall eine weitgehende Privatisierung der staatlichen Mietwohnungen.

Die soziale Lage der breiten Bevölkerung hat sich in allen GUS-Staaten in den letzten Jahren verschlechtert: Die Arbeitslosigkeit stieg (wenn auch durch Beschäftigungsverhältnisse in der Schattenwirtschaft verdeckt), die medizinische Versorgung sowie das Bildungsangebot haben sich verschlechtert bzw. sind nur einkommensstarken Bevölkerungsgruppen zugänglich, Krankheiten, Drogenkonsum und Kriminalität breiteten sich aus. Dennoch beurteilen jüngere Menschen ihre Situation sowie ihre Zukunftsaussichten durchaus positiv.

Gemessen am Produktionsrückgang 1996 gegenüber 1989 haben die mittelasiatischen Republiken Usbekistan und Turkmenistan die Periode der Wirtschaftstransformation am erfolgreichsten überstanden: In Usbekistan wurde nur eine Verminderung des BIP um knapp 20%, in Turkmenistan um 40% verzeichnet. Beide Republiken zeichnen sich durch autoritäre Herrschaftsformen aus und proklamieren einen gelenkten Übergang zur Marktwirtschaft. Allerdings dürfte dies zur Erklärung des relativ stabilen Verlaufs der Wirtschaftsentwicklung nicht ausreichen. Da in beiden Staaten an der Zuverlässigkeit der amtlichen Statistik mehr als in anderen GUS-Mitgliedsstaaten gezweifelt werden muß, könnte es sich auch um ein geschöntes Bild handeln. Für gewisse wirtschaftliche Erfolge spricht in Usbekistan allerdings, daß es seine Rohstoffproduktion - im Unterschied zu allen anderen GUS-Staaten - in den letzten Jahren erhöhen konnte und daß es von ausländischen Investoren bevorzugt wird. Dagegen stößt Turkmenistan mit seinem Hauptexportprodukt Erdgas auf Absatzprobleme und bietet noch wenige Voraussetzungen für das Engagement ausländischen Kapitals.

Eine Gruppe von GUS-Staaten (Rußland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Moldova und Armenien) verzeichnete im Zeitraum 1989 bis 1996 einen Rückgang des BIP um 50-60%. Bei diesen Ländern handelt es sich mit der Ausnahme von Belarus um die Vorreiter der Wirtschaftsreformen innerhalb der GUS. Rußland und Kasachstan haben zudem den Vorzug, über ein hohes Rohstoffexportpotential zu verfügen. Belarus stellt in dieser Gruppe einen Ausnahmefall dar, der als "hinausgeschobene" Transformationskrise interpretiert werden könnte. Man kann prognostizieren, daß auch Belarus demnächst in die Gruppe der Länder mit der ungünstigsten Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion absinken wird.

In der dritten Ländergruppe (Ukraine, Tadschikistan, Aserbaidshan, Georgien) ging das BIP im Zeitraum 1989 bis 1996 um mehr als 60% zurück. Hier finden sich mit Tadschikistan, Aserbaidshan und Georgien diejenigen GUS-Staaten wieder, die durch kriegerische Auseinandersetzungen bzw. Grenzblockaden wirtschaftlich besonders gelitten haben. Die Ukraine stellt hierbei den Fall eines rohstoffarmen und reformabstinenten Landes dar, der auch auf Belarus zutrifft.

## Überblick

In den Nachfolgestaaten der UdSSR entwickeln sich marktwirtschaftliche Beziehungen und Verhältnisse vor dem Hintergrund fortdauernder wirtschaftlicher Krisen.<sup>1</sup> Unter dem Einfluß der Preisliberalisierung, der Privatisierung und der außenwirtschaftlichen Öffnung verändern sich Wirtschafts- und Eigentumsstrukturen. Wirtschaftliche Interessen und die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen werden in den binnenwirtschaftlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen wichtiger als politische Prioritäten.<sup>2</sup>

### *Makroökonomische Entwicklungen*

In den Republiken der UdSSR bzw. ihren Nachfolgestaaten hatte ab 1989/90 ein gesamtwirtschaftlicher Produktionsrückgang eingesetzt, der gemeinsame Ursachen hatte, allerdings durch länderspezifische Unterschiede modifiziert wurde. Die Abschaffung des planwirtschaftlichen Systems der UdSSR mit seinen vorgeschriebenen Lieferbeziehungen hatte ein teilweises Abreißen der wirtschaftlichen Verflechtungen der Betriebe sowohl innerhalb der einzelnen Länder, als auch über die Ländergrenzen hinweg zur Folge gehabt. Unter dem Einfluß veränderter Preisrelationen, die durch die schrittweise Preisfreigabe ab 1992 hervorgerufen wurden, suchten die Betriebe nach neuen Absatzwegen und Bezugsquellen, produzierten jedoch auch vielfach unabsetzbare Güter oder stellten die Produktion ein. Die Nachfrage nach Rüstungsgütern sowie nach deren Vorprodukten sank im Zuge der Verminderung der Verteidigungsaufwendungen drastisch.

Die anfänglich nicht auf Preisstabilität orientierte Geld- und Kreditpolitik der einzelnen Staaten verursachten inflationäre Impulse, die rasch zu Hyperinflationen ausarteten.<sup>3</sup> Die beträchtlichen Unterschiede, die die Inflationsraten in den einzelnen GUS-Staaten aufwiesen, waren allerdings auch durch politische Entwicklungen, vor allem kriegsrische Auseinandersetzungen, bedingt. Absatzprobleme, hohe Inflation sowie hohe Kreditzinsen wirkten sich auf die Investitionstätigkeit stark negativ aus, was den Nachfragerückgang zusätzlich verstärkte.

Die binnenwirtschaftlichen Rezessionsursachen wurden durch das Vordringen von Importwaren aus Ländern außerhalb der GUS vor allem auf den Sektoren Textilien und Bekleidung, Lebensmittel sowie Konsumelektronik, vergrößert. Noch stärker als die Einfuhren nahmen in denjenigen GUS-Staaten, die über reichliche bergbauliche und energetische Rohstoffe verfügen, die Ausfuhren zu, weil sich die Produzenten auf die profitableren Auslandsmärkte umorientierten. Der Anteil des Intra-Gus-Handels sank, der des Handels mit Ländern außerhalb der GUS stieg entsprechend. Einige GUS-Staaten, vor allem Rußland und die Ukraine, steigerten ihre Exporte in westliche Industrieländer erheblich, während andere, vor allem die zentralasiatischen Republiken Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan ihre Ausfuhren in Länder wie den Iran, China und die Türkei ausweiteten und von dort auch immer mehr importierten.

---

<sup>1</sup> Für alle hier behandelten Staaten wird als grundlegende Literatur verwiesen auf: Roland Götz/Uwe Halbach, Politisches Lexikon GUS, 3. Aufl., München 1996; Jan Jeffries, A Guide to the Economies in Transition, London und New York 1996; The Economist Intelligence Unit Limited (EIU), Country Reports bzw. Country Profiles (jährlich bzw. vierteljährlich).

<sup>2</sup> Vgl. zum Folgenden Interfax/Interstate Statistical Committee of the CIS Report 53/1995 (CIS Economic Reform Statistics), 7/1996, 8/1996 und 9/1996 (Economy of CIS States, 1995, Part I-III).

<sup>3</sup> Zur Geldpolitik der GUS-Staaten zu Beginn der Transformation vgl. Hermann Clement, Die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den GUS-Staaten, in: Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Working Papers 164/1993, S. 19-40.

Die Produktionsstruktur verschob sich in allen GUS-Staaten zugunsten der Dienstleistungen, wodurch ein Prozeß der Annäherung an Strukturen westlicher Länder in Gang gesetzt wurde. Der Anteil der rohstoffzeugenden Wirtschaftszweige stieg ebenfalls durchweg an, derjenige der verarbeitenden Industrie fiel. Es kam, abhängig von länderspezifischen Besonderheiten, zu einer Zu- oder Abnahme des Anteils der landwirtschaftlichen Erzeugung an der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Diese strukturellen Verschiebungen sind allerdings statistisch kaum von entsprechenden Veränderungen der Preisstrukturen zu trennen, so daß Aussagen über reale Veränderungen nur mit Vorbehalt getroffen werden können.

Bei der Einkommensverwendung stieg der Anteil des privaten Verbrauchs deutlich an, was auch durch den Rückgang der Investitionen sowie der Rüstungsaufwandes bedingt war. Wegen des Absinkens der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung war damit aber keine Zunahme in der absoluten Höhe des privaten Verbrauchs verbunden.

Die Steuereinnahmen aller GUS-Staaten verringerten sich erheblich dadurch, daß die staatliche Kontrolle über die Betriebe im Wege der Privatisierung sowie der Ausweitung der Schattenwirtschaft verloren ging. Obwohl auch die Staatsausgaben reduziert wurden, kam es zur Ausweitung der Defizite der öffentlichen Haushalte. Weil diese überwiegend durch Notenbankkredite finanziert wurden, wurde die Geldmenge entsprechend erhöht und die Inflation verstärkt. Unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds, der seine Kredite von der Einhaltung von niedrigen Relationen des Budgetdefizits zum Bruttoinlandsprodukt abhängig macht, gingen die staatlichen Instanzen zur Finanzierung ihrer Ausgaben auf dem Kapitalmarkt über, was dort die anfänglich sehr niedrigen Zinsen erheblich ansteigen ließ. Es kam somit zu einer Verdrängung privater Kreditaufnahme durch staatliche Refinanzierung, was heute ein wesentlicher Grund für die schwache Investitionstätigkeit ist.

Angesichts der hohen nominalen Steuerbelastung vermeiden die Unternehmen den Ausweis von Gewinnen bzw. Umsätzen und wickeln ihre Transaktionen zum großen Teil durch Tauschgeschäfte (Barter) ab. Neben dem offiziellen Geldkreislauf hat sich gleichsam ein zweiter Kreislauf von Tauschmitteln etabliert, mit denen angeblich derart viele Transaktionen abgewickelt werden, daß dadurch eine weder fiskalisch noch statistisch faßbare "zweite Wirtschaft" entstanden ist. Ebenso wie sich die Betriebe der Steuerzahlung entzogen, blieben sie auch mit Lohnzahlungen im Rückstand: es bildete sich das für alle GUS-Republiken typische Phänomen der umfassenden Zahlungsverweigerung heraus, das seine Entsprechung in einer Ausweitung des Naturaltauschs findet. Transaktionen zwischen Unternehmen werden weitgehend geldlos getätigt und auch die Entlohnung der Beschäftigten erfolgt zum Teil durch eigene Produkte. Die Unternehmen konnten ihr Verhalten durch ihre niedrige Liquidität rechtfertigen, die eine Folge der allmählich einsetzenden anti-inflationären Politik der Zentralbanken war. Freilich handelt es sich beim Problem des Zahlungstreiks um ein Ursache-Wirkungs-Geflecht, das keine einfachen "Schuldzuweisungen" erlaubt. Es handelt sich vielmehr um einen Ausdruck für den Unwillen oder das Unvermögen sämtlicher Wirtschaftssubjekte, die Regeln einer Geldwirtschaft zu akzeptieren, zu denen auch gehört, daß nicht zahlungsfähige Unternehmen in Konkurs gehen. Statt dessen werden in den GUS-Staaten die bereits bestehenden Konkursregelungen nur sehr zögernd angewandt.

### ***Veränderungen der Eigentumsverhältnisse***

Die Privatisierung der Staatbetriebe ging in den GUS-Staaten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit vor sich. Vorreiter waren neben Rußland Staaten wie Armenien und Kirgistan; Nachzügler sind Belarus, die Ukraine und Turkmenistan. Am schnellsten und umfassendsten wurden die (überwiegend kleinen) Handels- und Dienstleistungsbetriebe einschließlich von Teilen des



Gütertransports privatisiert, wobei direkter Verkauf, Verkauf auf Auktionen sowie Übernahme durch Belegschaften Anwendung fanden. Sehr viel langsamer erfolgte die Privatisierung der (mittleren und großen) Betriebe des Bergbaus und der verarbeitenden Industrie. Hierbei dominierte nach erfolgter Umwandlung in Aktiengesellschaften die Ausgabe von Privatisierungsgutscheinen sowie der Verkauf von Aktienpaketen an strategische in- und ausländische Investoren. Sehr unterschiedlich gestaltete sich in der GUS die Privatisierung im Agrarbereich. Überwiegend kam es nur zu einer formalen Umwandlung der Kolchosen und Sowchosen in Agrar-genossenschaften und nur in wenigen Fällen zu einer Überführung des Bodens und der Betriebsmittel in das Eigentum bzw. die Verfügung der Arbeiter und Angestellten im Wege von Pachtverhältnissen. Der Umfang der Bauernwirtschaften, wie sie in westlichen Ländern vorherrschen, beschränkt sich in fast allen GUS-Staaten auf wenige Prozent der landwirtschaftlichen Flächen. Die ehemals staatlichen Mietwohnungen wurden überwiegend ihren Mietern übereignet.

### ***Geld- und Bankwesen***

Nach der von Rußland erzwungenen Auflösung des einheitlichen Währungsraumes entstanden in der GUS neue Nationalwährungen, wobei vielfach zunächst Vorformen ("Kupons") in Gebrauch waren. Nach Rückschlägen gelang es in fast allen Staaten, die Kurse dieser neuen Währungen auf den freien Devisenmärkten zu stabilisieren. Die Konvertibilität der GUS-Währungen im Wirtschaftsraum der GUS ist jedoch noch eingeschränkt.

Große Bedeutung für die Ausgestaltung marktwirtschaftlicher Verhältnisse hat die Entwicklung der Banken, wobei die erste Gründungswelle von kleinen und stark mit anderen Unternehmen verflochtenen "Kommerzbanken" abgeebbt ist. Neben dem Verschwinden eines Teils der unterkapitalisierten und auf nur schnelle Spekulationsgeschäfte orientierten Geschäftsbanken ist die Herausbildung von Großbanken zu beobachten, die sich mit Unternehmen zu "Finanz-Industrie-Gruppen" (FIG) verflechten. Sie lassen nach Ansicht mancher Beobachter auf einen allmählichen Zufluß von Finanzkapital in die Industrie und damit auf einen Aufschwung der Investitionstätigkeit hoffen.

### ***Einkommen***

In allen GUS-Staaten hat der Anteil der Einkommen aus abhängiger Arbeit (Löhne und Gehälter) an den Gesamteinkommen abgenommen. Dies liegt daran, daß Beschäftigte entlassen und Löhne und Gehälter nicht oder nur unregelmäßig bezahlt werden. Umgekehrt nahm die Einkommenserzielung in allen Formen der Eigenproduktion, Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft zu, wo Ein-Personen-Betriebe eine große Rolle spielen, in denen "Unternehmereinkommen" entstehen. Allerdings sind die von der amtlichen Statistik ermittelten Daten für Löhne und Gehälter zu niedrig ausgewiesen, weil ein Teil der Arbeitseinkommen als Gewinnbeteiligungen ausbezahlt wird, um die Lohnsumme, von der regionale und kommunale Steuern berechnet werden, zu senken.<sup>4</sup>

Während die Einkommensverteilung zu Zeiten der Sowjetunion wesentlich egalitärer war als in westlichen Marktwirtschaften, haben sich heute die Verhältnisse insofern angenähert, als deutlich "Reiche" und "Arme" in Erscheinung treten. In den GUS-Staaten fehlt allerdings weithin der für westliche Marktwirtschaften charakteristische Mittelstand.

---

<sup>4</sup> Dies geht aus einem Bericht deutscher Experten über das Steuersystem der Ukraine hervor und dürfte auch in anderen GUS-Staaten gelten, vgl. Reformbedürftiges Steuersystem in der Ukraine, in: Neue Zürcher Zeitung, 23. 7. 1996, S. 12.

Vor allem in den mittelasiatischen GUS-Staaten ist eine Verarmung breiter Bevölkerungsteile unverkennbar, die mit der unzureichenden Anpassung staatlicher Unterstützungsleistungen an die Inflationsraten, aber auch mit dem hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung zusammenhängt.

### ***Arbeitsmarkt***

Auf Grund des Produktionsrückgangs wäre eine hohe Arbeitslosigkeit zu erwarten, die jedoch nicht in Erscheinung tritt. Die registrierte Arbeitslosigkeit liegt in allen GUS-Staaten kaum über 10% des Erwerbstätigenpotentials. Bei allen Zweifeln an der Zuverlässigkeit der Arbeitslosenstatistiken in der GUS muß man davon ausgehen, daß Beschäftigungsverhältnisse dort auch dann aufrecht erhalten werden, wenn die Auftragslage der Betriebe dies nicht rechtfertigt, worin in einem gewissen Umfang das überkommene "patriarchalische Verhalten" der Leitungen der staatlichen Betriebe zum Ausdruck kommt. Es erfolgte auch eine beträchtliche Senkung der realen Arbeitslöhne, wodurch es auch auftragsschwachen Betrieben ermöglicht wird, einen Teil ihrer Belegschaft zu halten. Hinzu kommt, daß die Fluktuation der Arbeitnehmer zwischen den Betrieben erheblich ist und somit alle auftretenden Beschäftigungschancen genutzt werden. Der Hauptgrund für die im Vergleich zum statistisch erfaßten Produktionsrückgang geringe Arbeitslosigkeit dürfte allerdings in der Existenz einer ausgedehnten Schattenwirtschaft zu suchen sein, die die unterbeschäftigten oder entlassenen Arbeitskräfte weitgehend absorbiert.

### ***Lebensqualität***

Zu Zeiten der Sowjetunion war für Erziehung, Wohnung und Gesundheit der Staat zuständig und hat diese Aufgabe teilweise auf die Staatsbetriebe delegiert (betriebliche Kindergärten, Wohnungen, Krankenhäuser, Sanatorien). Im Zuge der Wirtschaftstransformation entledigen sich die nun privatisierten Unternehmen dieser produktionsfremden Aufwendungen; gleichzeitig zieht sich der Staat wegen der Finanzknappheit aus den sozialen Verpflichtungen zurück. Nur einkommensstärkere Bevölkerungsschichten können auf entsprechende private Anbieter zurückgreifen (private Schulen, Krankenhäuser, Universitäten). Großen Umfang hat allerdings die private Wohnungsbautätigkeit angenommen.

Der in der Sowjetunion ehemals weit entwickelte Bereich der mittleren und höheren Bildung und die Forschung in Instituten wird erheblich reduziert. Lehrer und Wissenschaftler wandern in andere Berufe ab; die Forschung verlagert sich in die Unternehmen. In den allgemeinbildenden Schulen fehlen Lehrer und Schulbücher.

Es breiten sich Krankheiten aus, was mit der Verschlechterung der Ernährung wie mit der abnehmenden Leistungsfähigkeit des staatlichen Gesundheitswesens zusammenhängt. Ebenso nimmt der Gebrauch von Drogen zu. Die Kriminalitätsraten steigen. Die Lebenserwartung geht zurück, woran bei den Männern Hauptgrund der zunehmende Alkoholismus sein dürfte. Die Geburtenhäufigkeit nimmt in den nördlichen GUS-Republiken (Rußland, Belarus, Ukraine) deutlich ab. In Rußland ist seit 1992 die Einwohnerzahl rückläufig, da die Zahl der Geburten die Zahl der Sterbefälle übersteigt. In den übrigen GUS-Staaten (außer dem durch hohe Migration gekennzeichneten Georgien) nimmt die Einwohnerzahl zu.<sup>5</sup> Trotz dieser ungünstigen sozialen Indikatoren äußern in Umfragen vor allem junge Menschen Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen und stellen sich auf eine bessere Zukunft ein.

---

<sup>5</sup> Interfax/Interstate Statistical Committee of the CIS Report 11/1996, S. 13-19.

## Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den GUS-Staaten

Das BIP hat sich im Zeitraum der Wirtschaftstransformation in den einzelnen GUS-Republiken sehr unterschiedlich entwickelt. Es ging im Zeitraum 1990-1996 zwischen knapp 20% (in Usbekistan) und 80% (in Georgien) zurück. In einer Regressionsanalyse wurde versucht, die Bedeutung einzelner Ursachen für den derart unterschiedlichen Produktionsrückgang näher zu bestimmen.<sup>6</sup> Dabei wurden, um die Zahl der untersuchten Fälle zu erhöhen, alle 15 Nachfolgestaaten der UdSSR einbezogen.

Die oben angestellten Überlegungen sowie die Ausführungen zu den Länderabschnitten legen es nahe, sowohl wirtschaftliche als auch politische Faktoren zu berücksichtigen. Als wichtigste Einflußbereiche können die wirtschaftliche Ausgangsposition, die verfolgte Transformationspolitik sowie politische Störfaktoren angesehen werden. Die wirtschaftliche Ausgangsposition besteht vor allem in der Ressourcenausstattung sowie der "Erblast" der Rüstungsindustrie, die konvertiert bzw. stillgelegt werden muß. Die Transformationspolitik hat ihre Kernbereiche in der Preisliberalisierung, der Privatisierung sowie der diese Schritte begleitenden Stabilisierungspolitik. Als hauptsächliche Störfaktoren sind Verwicklungen in Kriege und Bürgerkriege zu betrachten.

Im hier verwendeten Ansatz der linearen Regression wird eine zu erklärende Variable als Summe der mit ihren Regressionskoeffizienten multiplizierten Einflußfaktoren zuzüglich eines Absolutgliedes aufgefaßt:

$$Y = a_0 + a_1 \cdot X_1 + a_2 \cdot X_2 + \dots + a_n \cdot X_n.$$

Als zu erklärende Variable (abhängige Variable Y) wurde der Anteil des BIP im Jahre 1996 am BIP im Jahre 1989 gewählt. Als erklärende Variable (X1 bis X6) wurden folgende Einflußgrößen in die Analyse aufgenommen:

1. Die Ressourcenausstattung, d.h. nennenswerte Vorkommen von Energieträgern (Erdöl, Erdgas, Kohle, Wasserkraft), die Existenz von Kernkraftwerken sowie landwirtschaftliche Produktion, die zur Ernährung der eigenen Bevölkerung ausreicht<sup>7</sup>;
2. Der Anteil der Rüstungsindustrie am BIP 1989<sup>8</sup>;
3. Der Privatisierungsgrad (gemessen am Beschäftigtenanteil außerhalb des Staates 1995)<sup>9</sup>;
4. Die kumlierte Inflationsrate (1991 bis 1996)<sup>10</sup>;
5. Die kumulierten Direktinvestitionen 1989-1995 pro Einwohner<sup>11</sup>;
6. Das Auftreten von Kriegen bzw. Bürgerkriegen seit 1989.<sup>12</sup>

---

<sup>6</sup> Für die Berechnung wurde das Regressionsprogramm von Excel 5.0 benutzt.

<sup>7</sup> Eigene Schätzung eines Indexes.

<sup>8</sup> Bei der Berechnung des Anteils der Rüstungsindustrie am BIP wurde ausgegangen von der Publikation des Directorate of Intelligence, The Defence Industries of the Newly Independent States of Eurasia, Washington D.C. 1993. Die dort gemachten Angaben über die Verteilung der Rüstungsindustrie im Gebiet der ehemaligen UdSSR wurden mit Hilfe eines durchschnittlichen Anteils der Rüstungsindustrie am BIP der UdSSR von 20% auf die einzelnen GUS-Staaten umgelegt.

<sup>9</sup> Interfax/CIS Statistical Report 7/1996, S. 5.

<sup>10</sup> Berechnet nach Angaben in: The Economist Intelligence Unit (EIU), Country Reports, London 1996.

<sup>11</sup> Berechnet nach: The World Bank, From Plan to Market: World Development Report 1996, S. 64.

<sup>12</sup> Eigene Schätzung eines Indexes.

Die Regressionsanalyse ergab eine deutliche Abhängigkeit der Produktionsentwicklung vom Auftreten von Kriegen und vom Privatisierungsgrad. Der Einfluß der anderen Einflußgrößen war statistisch nicht ausreichend gesichert. Die Analyse verweist darauf, daß "politischen Faktoren" neben dem Tempo der institutionellen Reformen (Privatisierung) entscheidenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der GUS-Staaten hatten.

Bei den Abweichungen zwischen den beobachteten und den berechneten Werten für des BIP 1996 sticht insbesondere der Fall Usbekistan hervor. Dort ist die Abweichung des beobachteten Wertes der Entwicklung des BIP im Jahre 1996 im Vergleich zu seinem Wert im Jahre 1989 (83,6%) vom durch die Einflußgrößen erklärbaren Wert (61%) besonders hoch. Hierfür könnten Mängel und Beschränkungen des verwandten Modells (wie der lineare Ansatz, die Nichtberücksichtigung von Einflußfaktoren oder Meßfehler der Variablen) verantwortlich gemacht werden. Es kann aber auch vermutet werden, daß die Abweichung dadurch zustande kommt, daß die statistischen Daten für Usbekistan in besonderem Ausmaß "nach oben" verfälscht sind. Dieser Meinung sind auch die Autoren der Londoner Economist Intelligence Unit:

Uzbekistan's statistics are notoriously inaccurate. The government views economic data as a state secret, and the more revealing data have a limited circulation. All figures from Uzbekistan must be treated with a degree of caution as the government is trying to show that the country is weathering the post-Soviet shock better than its neighbours.<sup>13</sup>

Diagramm einfügen

Tabelle einfügen

## Die Wirtschaftsentwicklung in der GUS

### *Die slawischen Republiken und Moldova*

Die Wirtschaftsentwicklung verlief in Rußland, Belarus, der Ukraine und Moldova seit Beginn der Wirtschaftstransformation uneinheitlich. Rußland war seit 1992 als Vorreiter der Wirtschaftsreform aufgetreten, während man in der Ukraine und Belarus auf einen "sanften" Übergang zur Marktwirtschaft setzte, dabei aber hohe Inflationsraten in Kauf nahm. Erst seit 1995 ist die Ukraine auf einen stabilitätsorientierten Kurs umgeschwenkt. Moldova war zunächst durch innenpolitische Konflikte gelähmt, hat sich aber in jüngerer Zeit für Wirtschaftsreformen zugänglich gezeigt. Die weitere Wirtschaftsentwicklung in Belarus wird von seinem Präsidenten Lukaschenko geprägt. Rußland nimmt wegen seines außerordentlichen Ressourcenpotentials eine Sonderstellung innerhalb der Staaten der GUS ein.

### *Rußland (Rußländische Föderation)*

		1994	1995	1996*
Bevölkerung	Mio.	148,3	148,1	148
BIP <sup>1</sup>	Mrd. \$	636	626	
BIP-Veränderung <sup>2</sup>	%	-13	-4	-2
BIP/Einwohner <sup>3</sup>	\$	4.300	4.200	
Inflation <sup>4</sup>	%	215	131	50
Erdöl <sup>5</sup>	Mio. t	318	307	300
Erdgas	Mrd. m <sup>3</sup>	607	595	600
Kohle	Mio. t	272	262	260
Getreide	Mio. t	81	64	75

Anmerkungen und Quellen zu den Tabellen am Anfang der Länderabschnitte

1 zu Kaufkraftparitäten (PPP), lfd. Preise

2 real (inflationsbereinigt)

3 zu Kaufkraftparitäten (PPP), lfd. Preise

4 Einzelhandelspreise

5 einschließlich Gaskondensat

\* Schätzung

Quellen: EIU Country Reports, 1996; EBRD Transition report update 1996; Interfax/Interstate Statistical Committee of the CIS Report 4-5 und 7-9/1996

Rußland ist als flächengrößter Staat der Erde reich an Rohstoffen. Es hat zu Zeiten der Sowjetunion eine Periode der Industrialisierung durchgemacht, die trotz geringer Effizienz der eingesetzten Mittel und abgesehen von gewaltigen Umweltschäden dem Land einen hohen technologischen Entwicklungsstand sowie eine gute technische Ausbildungstradition hinterlassen hat. In einigen Sparten der Hochtechnologie ist es führend (Raumfahrttechnik, Flugzeugbau, Spezialmaschinen- und Fahrzeugbau), jedoch kann es derzeit kein breites Sortiment von Erzeugnissen anbieten, die den Qualitätsstandards des Weltmarkts entsprechen. Alleine bei unverarbeiteten Rohstoffen kann das Land durch Preiszugeständnisse ein gewisses Exportpotential nutzen. Die

Sektoren und Unternehmen, die sich der Förderung von Rohstoffen widmen, haben vergleichsweise gute Absatzchancen. Ihre Probleme bestehen in steigenden Förder- und Transportkosten sowie in der Zahlungsunfähigkeit bzw. Zahlungsunwilligkeit der Abnehmer. Die leicht erschließbaren Rohstoffreserven des Landes sind bereits verbraucht. In den immer noch reichlich vorhandenen weiteren Lagerstätten, die sich durch schwierigere Förderbedingungen auszeichnen, ist der Einsatz komplizierterer Technologien notwendig, wodurch die Förderkosten steigen. Zudem muß ein Teil der Förderanlagen sowie des Leitungsnetzes (Gas- und Ölpipelines) ersetzt werden.<sup>14</sup>

Insbesondere hat die Erdgasförderung noch eine lange Zukunft, während die Jahre der Erdölförderung mehr oder weniger gezählt sind (die bekannten Reserven reichen noch einige Jahrzehnte). Die Kohlevorräte haben zwar noch eine nach Jahrhunderten zählende Lebensdauer, sind aber größtenteils von den Verbrauchsorten zu weit entfernt, als daß ihre Nutzung auf absehbare Zeit größere Bedeutung erlangen könnte.<sup>15</sup>

Die Leichtigkeit des Absatzes von Rohstoffen auf den Weltmärkten führte dazu, daß sich Rußland im Außenhandel auf die Rohstoffausfuhr spezialisierte. Seine Handelsbilanz weist seit Jahren Überschüsse auf, die allerdings durch Dienstleistungseinfuhren (Tourismus) weitgehend aufgezehrt werden. Die Einnahmen aus dem Außenhandel verblieben in den ersten Jahren der Wirtschaftstransformation zu einem großen Teil im Ausland; ein Rückfluß dieser Mittel ist aber bei stabileren innenpolitischen Verhältnissen durchaus denkbar.

Die russische Landwirtschaft ist im Durchschnitt wenig produktiv und kann daher, trotz hohen Aufwandes an Arbeitskräften, Kapital und Energie, das Land kaum ernähren. Besonders nachteilig wirkt sich das Fehlen von Wettbewerb in den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereichen des Handels aus.<sup>16</sup>

Die Rüstungsaufwendungen verringerten sich um rund 80%, so daß sie Mitte der neunziger Jahre statt einem Viertel bis einem Drittel nur noch etwa 5-7% des BIP ausmachen dürften. Dies hat einerseits den Staatshaushalt und die Volkswirtschaft entlastet, andererseits aber schwer lösbare strukturelle und regionale Probleme geschaffen. Die Betriebe des "militärisch-industriellen Komplexes" konnten die entfallenen Rüstungsaufträge nur in geringem Umfang durch vermehrte zivile Produktion ersetzen; neben grundsätzlichen Schwierigkeiten der Konversion der Rüstungsindustrie, wie sie auch in westlichen Ländern auftreten, kommt in Rußland noch hinzu, daß die "Mobilisierungskapazitäten" ungeschmälert aufrecht erhalten werden und daß die Leiter der Rüstungsbetriebe die Hoffnung auf Wiederbelebung der Rüstungsaufträge noch längst nicht aufgegeben haben. In der Tat wird erst die zukünftige Richtung der Sicherheits- und Außenpolitik Rußlands darüber entscheiden, ob Rußland sich vom Ballast der Überrüstung befreien und den Weg einer auf Zivilproduktion orientierten Volkswirtschaft einschlagen wird.<sup>17</sup>

Die insgesamt reiche Ressourcenbasis sowie der gute Ausbildungsstand der Bevölkerung bieten die Grundlage für einen Wirtschaftsaufschwung, der schon für 1995 und 1996 erwartet wurde

---

<sup>14</sup> Die wirtschaftliche Lage des Landes wird unter dem Obertitel "Die wirtschaftliche Lage Rußlands" regelmäßig behandelt in den gemeinsamen Berichten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel sowie des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Sie werden veröffentlicht in den Wochenberichten des DIW, in den Kieler Diskussionsbeiträgen sowie in der IWH-Forschungsreihe.

<sup>15</sup> Farman Salmanov/Aleksej Zolotov, TEK: kak vyiti iz krizisa, in: Rossijskaja federacija 5/1996, S. 33-34.

<sup>16</sup> Dmitrij Rubval'ter, Agroprom i potrebitel'skij rynek: prodolženie krizisnych tendencii, in: Delovoj mir, 20. 1. 1996, S. 3.

<sup>17</sup> Roland Götz, Das russische Wirtschaftspotential als Basis seiner Außenpolitik, in: Aussenpolitik 2/1996, S. 136-145.

und mit dem nun für 1997 gerechnet wird. Nach den Präsidentschaftswahlen Mitte 1996, die als "Richtungswahl" eine demokratische Bestätigung des seit 1992 eingeschlagenen wirtschaftlichen Reformkurses bedeutete, ist Rußland zunächst in eine Phase der politischen und ökonomischen Konsolidierung eingetreten: Auf höchster politischer Ebene wurde das autoritär-populistische Präsidialregime Jelzins durch Entlassung der fragwürdigsten Emporkömmlinge sowie durch die Kooptation des noch unverbrauchten Lebed gestützt und es wurde in der Person Lebeds eine Perspektive der Nachfolge im Präsidentenamt eröffnet, die über den Kreis der Nomenklatura des alten Systems (Tschernomyrdin) hinausgeht.

Rußland hat Anfang 1992 mit der Preisfreigabe die marktwirtschaftlichen Reformen im eigenen Land wie auch in der gesamten GUS in Schwung gebracht und schrittweise marktwirtschaftliche Institutionen aufgebaut. 1995/96 ist diese erste Etappe der Wirtschaftsreform als abgeschlossen zu betrachten. In den kommenden Jahren stehen Aufgaben im Vordergrund, die bereits auf der Grundlage eines marktwirtschaftlichen gesetzlichen Rahmens (Verfassung, Zivilgesetzbuch, Privatisierungsdekrete) gelöst werden können, wie z.B. die Konsolidierung des Staatshaushaltes, Industriepolitik, der Ausbau des Sozialstaates usw., also im Grunde Aufgaben, die zum Alltag entwickelter Marktwirtschaften gehören.

Für einen Wirtschaftsaufschwung ist allerdings dafür das Einsetzen eines starken Investitionsprozesses die Voraussetzung, der gegenwärtig aus vielen Gründen gelähmt ist. Vor allem ist dafür die Finanzpolitik des Staates verantwortlich, dessen reguläre Einnahmen die Ausgaben erheblich übersteigen und der daher die Finanzmärkte mit seiner Anleihetätigkeit geradezu austrocknet und das Zinsniveau auf "astronomischer" Höhe (rund 100% Realzinsen pro Jahr) hält. Ein kreditfinanzierter Investitionsprozeß ist damit so gut wie ausgeschlossen.<sup>18</sup> Der Ausweg aus diesem Dilemma ist in einer umfassenden Restrukturierung der Einnahme- und Ausgabeseite des Budgets zu suchen, die wiederum die Fortführung von Reformen auf einer Vielzahl von Gebieten voraussetzt. Die entsprechenden Aufgaben erstrecken sich von einer Reform des Subventionswesens und der Altersversorgung über die Praktizierung der Konkursvorschriften bis zur Wettbewerbs- und Privatisierungspolitik und stellen eher ein Problem des politischen Willens als ein technisches Problem dar.<sup>19</sup>

### *Belarus*

		1994	1995	1996
Bevölkerung	Mio.	10,4	10,4	10,4
BIP	Mrd. \$	35,2	32,4	
BIP-Veränderung	%	-20	-12	-5
BIP/Einwohner	\$	3.400	3.100	
Inflation	%	2.220	800	
Erdöl	Mio. t	2,0	2,0	
Erdgas	Mrd. m <sup>3</sup>	0,3	0,3	
Getreide	Mio. t	6,1	5,5	

Die Besonderheiten der Wirtschaft Weißrußlands treten in einem Vergleich mit seinem Nachbarn Rußland deutlich hervor. Die Republik ist mit einer Einwohnerzahl von wenig mehr als 10 Mil-

<sup>18</sup> Vgl. die "Abschiedsbotschaft" des ehemaligen Leiters der Präsidentenadministration Nikolaj Egorov, in: Segodnja, 19. 7. 1996, S. 3.

<sup>19</sup> El'mar Murtazev, Pravitel'stvo zaimetsja sokaščeniem bjutžetnych raschodov (Die Regierung betreibt die Senkung der Budgetausgaben), in: Segodnja, 10. 7. 1996, S. 2.



lionen bevölkerungsmäßig kaum größer als die Stadt Moskau, besitzt jedoch bei weitem nicht deren wirtschaftliches Potential: Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner der Republik Belarus dürfte etwa bei 3.000 US-\$ liegen gegenüber 4.000 US-\$ im gesamt-russischen Durchschnitt und dem Mehrfachen der Stadt Moskau.<sup>20</sup> Bei einzelnen Erzeugnissen allerdings kann Belarus durchaus mit russischen Produzenten konkurrieren: Bei Generatoren, Stahlwerksausrüstungen, Chemiefasern, landwirtschaftlichen Maschinen, Kühlschränken u.a. erreicht es 20-60% der russischen Produktionskapazitäten. Es verfügt über zwei relativ moderne Erdölraffinerien mit zusammen 40 Mio. t Verarbeitungskapazität, die allerdings gegenwärtig nur zu etwa einem Viertel ausgelastet sind.<sup>21</sup>

Das Land ist arm an Rohstoffen (es fördert selbst nur etwa 2 Mio. t Erdöl sowie 300.000 t Erdgas pro Jahr). Daher muß es 90% seiner Primärenergie sowie den Großteil der industriellen Grundstoffe und Baumaterialien importieren. Zu sowjetischer Zeit war Belarus Lieferant vor allem von Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und Elektronik und dabei stark in die sowjetische Rüstungsindustrie verflochten. Dieser Gegenposten zu seinem Einfuhrbedarf ist fast vollständig entfallen. Auch zivile Produkte der weißrussischen Industrie (wie z.B. die Traktoren und Kfz, für die die größten Industriebetriebe des Landes aufgebaut wurden) werden im GUS-Raum kaum noch nachgefragt. Neben dem allgemeinen Nachfragerückgang sind dafür die verhältnismäßig hohen Preise verantwortlich. Zwar sind die Löhne in Belarus niedriger als im Hauptexportland Rußland, doch verlangte Rußland für seine Energie- und Rohstofflieferungen höhere als die russischen Inlandspreise, was die energieintensive weißrussische Exportproduktion (vor allem Mineraldünger, Chemiefasern, Autoreifen) stark verteuerte. In einem gewissen Umfang (z.B. bei Traktoren und Kühlschränken) gelang eine Umorientierung auf Exportmärkte außerhalb der GUS. Die Lohnveredelung für westliche Firmen z.B. bei Textilien und Bekleidung spielt ebenfalls eine gewisse Rolle.

Insgesamt verstärken sich in Belarus seit 1996 die Anzeichen für eine Ausweitung des staatlichen Dirigismus in der Wirtschaft, der die Handschrift des Präsidenten Lukaschenko trägt.<sup>22</sup> Industriebetriebe erhalten Subventionen, obwohl die Staatseinnahmen drastisch zurückgehen. Die Leitung der Zentralbank liegt in Händen einer Vertrauten des Präsidenten; die Nationalisierung von Großbanken steht vor der Tür. Ein freier Devisenmarkt existiert nicht, der Kurs des weißrussischen Rubel wird administrativ fixiert und trotz der fortschreitenden Inflation konstant gehalten. Auf diese Weise wird der Importdruck verstärkt und der Export erschwert, was 1996 ein hohes Außenhandelsdefizit erwarten läßt.

Die Privatisierung ist in Belarus über erste Anfänge nicht hinausgekommen. Etwa 90% der Industriebetriebe befinden sich noch in Staatsbesitz. Private Betriebe einschließlich Privatbanken werden durch Verordnungen des Präsidenten vom Mai 1996 geradezu in ihrer Existenz bedroht.<sup>23</sup>

Weniger ungünstig als in der Industrie stellt sich (bis auf weiteres) die Lage in der Landwirtschaft dar, die bei hohen Subventionen ihren Produktionsumfang nur unterdurchschnittlich reduzieren mußte. Die alten Betriebsformen der Sowchosen und Kolchosen sind praktisch erhalten geblieben, von Privatisierung kann kaum die Rede sein.

<sup>20</sup> Vgl. auch Dirk Holtbrügge, Weißrußland, München 1996, S. 69-87.

<sup>21</sup> Die wirtschaftliche Lage des Landes wird unter dem Oberitel "Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands" regelmäßig behandelt in den gemeinsamen Berichten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel sowie des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Sie werden veröffentlicht in den Wochenberichten des DIW, in den Kieler Diskussionsbeiträgen sowie in der IWH-Forschungsreihe.

<sup>22</sup> Besorgniserregende Wirtschaftslage Weissrusslands, in: Neue Zürcher Zeitung, 29. 5. 1996, S. 12.

<sup>23</sup> Ju. Karmanov, in: Nezavisimaja gazeta, 6. 6. 1996, S. 3.

Nachdem Pläne für eine alsbaldige Währungsunion mit Rußland zunächst wieder auf Eis gelegt wurden, vereinbarte Rußland mit Belarus im Mai 1995 (nachdem seine Bevölkerung mit großer Mehrheit für ein Zusammengehen mit Rußland votiert hatte) eine Zollunion, was den Wegfall der Grenzkontrollen zwischen Rußland und Belarus bedeutete, aber auch die Übernahme der russischen Außenzölle. Dadurch wird die weißrussische Industrie einer zusätzlichen Konkurrenz ausgesetzt. Auch der am 2.4.1996 zwischen beiden Ländern abgeschlossene Kooperationsvertrag, der politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit vorsieht, kann nicht von den fundamentalen Ungleichgewichten zwischen beiden Ländern absehen: Eine vollständige Wirtschafts und Währungsunion würde unter Marktbedingungen der Industrie und Landwirtschaft der kleinen Republik nur ein Nischendasein gewähren, das zu Zeiten der Planwirtschaft nicht auftrat, weil Belarus durch hohe Preise für Fertigprodukte und niedrige Energiepreise bevorzugt war. Rußland wäre gezwungen, Belarus einen Teil der Subventionen zu erstatten, die dann aufgewendet werden müßten, um Teile der Wirtschaft am Leben zu erhalten.

Belarus hat für Rußland eine bedeutende Funktion als militärischer Vorposten vor seiner Westgrenze. Rußland behält auch nach Abzug der letzten Interkontinentalraketen (der Ende 1996 abgeschlossen sein soll) zwei moderne strategische Anlagen, die Raketenwarnanlage Baranowitschi sowie die Funkstation Wilejka.<sup>24</sup> Noch nicht abzusehen ist, wie eng sich die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet unter dem Eindruck der Diskussion um die NATO-Osterweiterung entwickeln wird. Sie könnte bis zur Einrichtung gemeinsamer Streitkräfte gehen.

Eine Annäherung zwischen beiden Staaten hat allerdings für Rußland "strategische" Vorteile auch über die rein militärischen hinaus. Es kann Belarus als Transportkorridor für Energieträger und andere Waren ausbauen und damit die Ukraine umgehen; durch den Bau der neuen Gaspipeline "Jamal-Europa" geschieht dies bereits. Die Entfernung des vereinigten Territoriums Rußland/Belarus zum Gebiet Kaliningrad verringert sich erheblich. Einer etwaigen "Ostsee-Schwarzmeer-Kooperation" der baltischen Staaten mit der Ukraine wird zumindest geographisch ein Riegel vorgeschoben.

Belarus trägt schwer an den Folgen der Tschernobyl- Katastrophe, da das Land den Hauptteil des radioaktiven Fallouts abbekommen hat. Gesundheitsschäden sowie radioaktive Verseuchung von Waldgebieten und landwirtschaftlichen Flächen werden sich noch über Jahrhunderte bemerkbar machen.

### *Ukraine*

		1994	1995	1996
Bevölkerung	Mio.	51,7	51,3	
BIP	Mrd. \$	130	118	
BIP-Veränderung	%	-23	-12	-2
BIP/Einwohner	\$	2.500	2.300	
Inflation	%	891	375	90
Erdöl	Mio. t	4,2	4,0	
Erdgas	Mrd. m <sup>3</sup>	18,3	18,1	
Kohle	Mio. t	94,4	83,6	
Getreide	Mio. t	35,5	33,9	

<sup>24</sup> Die beiden Anlagen wurden durch Vertrag von Januar 1995 auf 25 Jahre von Rußland gepachtet, siehe dazu Pjotr Sadouski, Belarus: Wieder Teil eines Militärblocks, in: Wostok 4/1996, S. 11-13.

Bei insgesamt etwa vergleichbarer wirtschaftlicher Problematik (Energieabhängigkeit von Rußland, hohe Bedeutung des russischen Absatzmarktes für die eigenen Erzeugnisse) geht die Ukraine einen im Vergleich mit Belarus entgegengesetzten Weg. Während Belarus sein Heil in der Integration mit Rußland sucht, will die Ukraine zwar mit Rußland Handel treiben, aber sich von dem großen Nachbarn ansonsten möglichst emanzipieren.

Dieses unterschiedliche Verhalten hat neben historischen wohl auch wirtschaftliche Gründe. Die Ukraine erreicht bei einem Drittel der Bevölkerung Rußlands etwa 20% dessen Sozialprodukts, Belarus dagegen nur etwa 5%. Dieses verhältnismäßig hohe wirtschaftliche Gewicht stärkt in der Ukraine mehr als in anderen GUS Staaten (vielleicht vergleichbar mit Usbekistan, das bezüglich der Höhe seines Sozialprodukts innerhalb der GUS auf die Ukraine folgt) das nationale Selbstbewußtsein. Die Ukraine wird außerdem durch die geographische Nähe zu den westeuropäischen Märkten gegenüber anderen GUS-Staaten begünstigt.<sup>25</sup>

Allerdings haben sich die ursprünglich in westlichen Kreisen in die Ukraine gesetzten Hoffnungen, die ihr eine Führungsrolle bei den Wirtschaftsreformen und beim Aufschwung des Lebensstandards zumaßen, keineswegs bestätigt. Das Land ist in Wirklichkeit in der Phase 1992-1994 hinter der Entwicklung in Rußland zurückgefallen. Dies zeigt sich nicht nur im stärkeren Rückgang des BIP, sondern auch in einem Rückstand der institutionellen Reformen. Insbesondere verläuft die Privatisierung viel langsamer als in Rußland, jedoch noch etwas rascher als beim nörlichen Nachbarn Belarus.<sup>26</sup>

Die Lage auf dem Energiesektor wird für das Land noch auf lange Zeit kritisch bleiben. Zwar läßt sich für die Ukraine die Bezugsbasis für Energieträger verbreitern (Erdöl aus dem Iran, Erdgas aus Turkmenistan), doch bleibt die Abhängigkeit von russischen Lieferungen so lange erhalten, als diese billiger als auf dem Weltmarkt sind (bzw. die russischen Lieferanten im Unterschied zu anderen weiter liefern, auch wenn Zahlungen verzögert werden). Das Einfuhrdefizit bei Energieträgern in Höhe von rund 5 Mrd. US-\$ pro Jahr kann nur zu einem geringen Teil durch landwirtschaftliche Erzeugnisse und Metalle ausgeglichen werden, so daß 1995 insgesamt ein Handelsbilanzdefizit gegenüber Rußland in Höhe von 2,5 Mrd. US-\$ zu verzeichnen war. Umgekehrt ergab sich durch von der Ukraine erhobenen Transitgebühren im Dienstleistungsverkehr der Ukraine mit Rußland ein Überschuß von mehr als 1 Mrd. US-\$. Die restliche Differenz muß durch Westexporte sowie westliche Kredite gedeckt werden, soweit nicht ein Tausch "Schulden gegen Vermögen" stattfindet, d.h. ukrainische Vermögenswerte an Rußland übereignet werden. Eine derartige Kompensation war bereits für die in der Ukraine stationierten strategischen Nuklearwaffen erfolgt und wurde im Mai 1996 für die taktischen Nuklearwaffen ausgehandelt.

In der Ukraine hat sich der Außenhandel von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt: während das Bruttoinlandsprodukt seit 1989 um mindestens die Hälfte zurückging (allerdings ohne Berücksichtigung der Schattenwirtschaft, die auf 30 des amtlich ermittelten BIP geschätzt wird<sup>27</sup>), stiegen Exporte wie Importe sogar an, so daß sich die Außenhandelsabhängigkeit der Wirtschaft stark erhöhte. Die Lieferungen in Länder außerhalb der GUS erreichten 1995 rund 50% der Exporte. Freilich werden die Unternehmen gleichsam zur Belieferung der Westmärkte gezwungen, weil Abnehmer in der GUS wie auch im eigenen Land eine schlechte Zah-

<sup>25</sup> Die wirtschaftliche Lage des Landes wird in unregelmäßiger Folge vom Osteuropa-Institut München begutachtet, zuletzt in: Hermann Clement/Michael Knogler/Alexei Sekarev, Die wirtschaftspolitische Lage der Ukraine, Schwerpunkt: Implementierung und erste Ergebnisse des Programms für eine "Radikale Wirtschaftsreform", München 1995 (= Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Working Papers 189/1995).

<sup>26</sup> John E. Tedstrom, Ukraine's Economy: Strategic Issues for Successful Recovery, in: NATO Economics Directorate (Hrsg.), Colloquium 1996.

<sup>27</sup> OEI Working papers 192/1996, S. 111.

lungsmoral aufweisen. Der Export erweist sich auch für die ukrainische Rüstungsindustrie als Rettungsanker, wobei die Ukraine auf den Waffenexportmärkten mit Rußland in Konkurrenz tritt. Während Rußland Waffenexporte nach China und Indien tätigt, konnte die Ukraine Pakistan als Abnehmer für Panzer gewinnen.<sup>28</sup>

Auslandsinvestitionen spielen in der Ukraine bislang eine geringe Rolle, was vor allem an ihrer lange Zeit sehr zögerlichen Wirtschaftsreformpolitik lag. Ihr kumulierter Gesamtumfang betrug Ende 1995 rund 750 Mio. \$; 1995 flossen 280 Mio. \$ neu zu. Eine Wende könnte durch eine konsequente Fortsetzung des im Oktober 1994 unter Präsident Leonid Kutschma begonnenen, mit dem IWF abgestimmten und durch Kredite des IWF unterstützten Reformprogramms bewirkt werden. Die Reformen sollen die finanzwirtschaftliche Stabilisierung voranbringen und eine Reihe von institutionellen Voraussetzungen schaffen, um der Marktwirtschaft den Boden zu bereiten (Konkursgesetze, Gesetze über soziale Sicherung, Steuerreform usw.). Freilich ist noch nicht klar, wie sich die Reformvorhaben praktisch auswirken werden, was auch für das im März 1996 verabschiedete Gesetz über Auslandsinvestitionen gilt.

Wenig Veränderungen wird man sich vom Wechsel im Amt des Premierministers versprechen können, der im Mai 1996 erfolgte. Durch die Entlassung des ehrgeizigen, gewandt auftretenden ehemaligen Chefs der ukrainischen Staatssicherheit Jewgenij Martschuk entledigte sich Präsident Kutschma vor allem eines politischen Rivalen und setzte mit Pawel Lasarenko, einem KP-Funktionär aus Dnepropetrowsk, einen gefügigeren Gefolgsmann an dessen Stelle. Dieser wird sich vor allem um die Behebung der großen Zahlungsrückstände kümmern müssen, die die Staatsunternehmen gegenüber dem Staatsbudget und ihren Beschäftigten aufgehäuft haben, wozu auch die verzögerten Lohnzahlungen an die Arbeiter in den Kohlebergwerken gehören.<sup>29</sup>

Belastungen für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung ergeben sich aus ungelösten ökologischen Problemen: Neben den für das gesamte Gebiet der ehemaligen UdSSR typischen ökologischen Schäden wird die Ukraine - ebenso wie Belarus - noch lange unter dem Erbe der Katastrophe von Tschernobyl zu leiden haben. In Tschernobyl sind weder die Sicherung des Betonsarkophags über dem Unglücksreaktor, noch die innerhalb der 30-km-Sperrzone unsachgemäß vergrabenen Reaktortrümmern, noch die radioaktive Verseuchung weiter Landesteile auch nur annähernd bewältigt. Es zeichnet sich bestenfalls ab, daß der Kraftwerksstandort Tschernobyl mit seinen beiden noch arbeitenden graphitmoderierten Reaktoren in den nächsten vier Jahren aufgegeben wird und mit westlicher Hilfe Ersatzkraftwerke gebaut werden.

Auch die ukrainische Armee bedeutet für das Land eine große Bürde. Neben Streitkräften im Personalumfang von über 420.000 Mann hat das Land noch rund 600.000 ehemalige Angehörige der sowjetischen Streitkräfte zu versorgen.<sup>30</sup> Selbst wenn im Zuge einer Armereform die Personalstärke der ukrainischen Streitkräfte, wie geplant, auf 350.000 Mann vermindert werden sollte (etwa die Größe der Bundeswehr), würde dies für das Land, dessen Sozialprodukt mittelfristig bei höchstens 10% dessen der BRD liegen dürfte, eine untragbare wirtschaftliche Belastung bedeuten.

## Moldova

		1994	1995	1996
Bevölkerung	Mio.	4,3	4,3	

<sup>28</sup> Izvestija, 20. 7. 1996, S. 3.

<sup>29</sup> vwd, 29. 5. und 11. 7. 1996, S. 7 (Joachim Weidemann).

<sup>30</sup> Vgl. Alexander Ott, Die ukrainische Armee: Hypotheken der Vergangenheit, Perspektiven der Zukunft, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 27/1996.

BIP	Mrd. \$	8,2	8,1	
BIP-Veränderung	%	-31	-3	
BIP/Einwohner	\$	1.900	1.850	
Inflation	%	587	24	
Getreide	Mio. t	1,6	3,1	

Das nur 4,4 Mio. Einwohner zählende Land (Hauptstadt Chisinau) hat seit 1990 unter den Sezessionsbestrebungen seines östlichen Landesteils Transnistrien (Städte Tiraspol und Bender) sowie des Gebiets der Gagausen um Komrat gelitten. Während das Gagausenproblem durch Gewährung einer gewissen Autonomie gelöst werden konnte, ist die Zukunft des mehrheitlich von Russen und Ukrainern bewohnten und von der 14. russischen Armee kontrollierten Transnistrien noch ungeklärt.<sup>31</sup> Moldova trägt schwer an seiner Energieabhängigkeit von Rußland und der Ukraine und am Verlust der ehemaligen Absatzmärkte in der GUS.

Nach jahrelangem Produktionsrückgang wird für 1996 wieder Wirtschaftswachstum erwartet. Die Landwirtschaft wies bereits 1995 eine Steigerung der Erzeugung auf. Die Inflationsrate war 1995 (im Westteil der Republik) wesentlich niedriger als in den Belarus und der Ukraine. Der im November 1993 eingeführte Leu besitzt einen stabilen Außenwert. Die Zusammenarbeit mit dem IWF ist gut. In Transnistrien allerdings, wo Energieerzeugung und Schwerindustrie konzentriert sind, verzeichnete man 1995 eine Inflationsrate von 12.000%, die den dort geltenden Transnistrien-Rubel praktisch entwertet hat.

Wie auch im Falle der baltischen Länder kommt Moldova zugute, daß bereits Auslandshilfen in Höhe von wenigen hundert Mio. US-\$ bemerkenswerte Effekte haben können, während sie in Staaten wie Rußland und der Ukraine ohne meßbare Wirkung blieben. Die Zukunftschancen des Landes liegen vor allem in der Nutzung des günstigen Klimas und der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, wobei als Abnehmer sowohl GUS-Staaten als auch das Baltikum und Westeuropa in Frage kommen. Ungelöst verbleibt bis auf weiteres die Zukunft der vor allem in Transnistrien vorhandenen Rüstungsindustrie, ebenso wie die Frage der weiteren Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Chisinau und Tiraspol. Es ist nicht auszuschließen, daß Transnistrien auf Dauer, auch nach Abzug der 14. russischen Armee, der 1997 erfolgen soll, Einflußgebiet Rußlands bleiben wird. Eine Hypothek für die Zukunft stellen auch die großen Munitionslager der ehemaligen Sowjetarmee in Transnistrien dar.<sup>32</sup>

### ***Die transkaukasischen Republiken***

Armenien, Georgien und Aserbaidschan verbindet ihr hoch qualifiziertes "human capital", aber ebenso die Geschichte innerer und äußerer Konflikte, die nach der Gewinnung der Unabhängigkeit ausbrachen. Erst nachdem diese Konflikte im Verlauf des Jahres 1994 eingedämmt werden konnten, läßt die Region Anzeichen eines "take-off" erkennen.

<sup>31</sup> Anneli Ute Gabanyi, Moldova im Spannungsfeld zwischen Rußland, Rumänien und der Ukraine, in: Berichte des BIOst 16/1996; Mariana Hausleitner, Nationalitätenprobleme in der Moldaurepublik und die Beziehungen zu den Nachbarstaaten, in: Magarditsch A. Hatschikijan/Peter R. Wellemann (Hrsg.), Nationalismen im Umbruch: Ethnizität, Staat und Politik im neuen Osteuropa, Köln 1995, S. 105-123.

<sup>32</sup> Mihai Gribincea, Challenging Moscow's Doctrine on Military Bases, in: Transition 19/1995, S. 4-8; Klemens Büscher, Die "Transnistrische Moldaurepublik" in der Sackgasse, in: Aktuelle Analysen des BIOst 26/1996.

## Armenien

		1994	1995	1996
Bevölkerung	Mio.	3,7	3,7	
BIP	Mrd. \$	6,1	6,5	
BIP-Veränderung	%	5	7	7
BIP/Einwohner	\$	1.500	1.800	
Inflation	%	1.860	25	20
Getreide	Mio. t	0,3	0,3	

Die Bevölkerung Armeniens stagniert, da der Geburtenüberschuß durch einen negativen Migrationssaldo fast ausgeglichen wird.<sup>33</sup> Das BIP betrug 1995 zu Kaufkraftparitäten berechnet etwa 6,5 Mrd. \$, das waren pro Kopf rund 1.800 \$.<sup>34</sup> (Wenn andernorts das Sozialprodukt des Landes pro Einwohner mit 250-350 \$ beziffert wird, wird nur das durch die amtliche Statistik erfaßte BIP berücksichtigt und der Wechselkurs zugrunde gelegt, der erheblich von der Kaufkraftparität abweicht).

Armenien wurde durch den Karabach-Konflikt in eine schwere Wirtschaftskrise gestürzt, vor allem als zunächst Aserbaidschan und dann auch die Türkei die Grenzen sperrten. Das BIP ging 1992 gegenüber 1991 um die Hälfte zurück. Seit 1994 - und damit als erster der GUS-Staaten - ist die armenische Wirtschaft allerdings wieder auf einen Wachstumspfad eingeschwenkt. Die Zunahme des BIP betrug 1994 5%, 1995 7% und für 1996 wird ein ebensolches Wirtschaftswachstum erwartet. Dies wurde vor allem dadurch möglich, daß die Verkehrsblockaden seitens Aserbaidschans und der Türkei, die ein wesentlicher Grund für den Produktionsrückgang waren, abgeschwächt wurden (die Luftblockade der Türkei wurde 1995 aufgehoben) bzw. durch Ausbau der Verbindungen über Georgien nach Rußland sowie in den Iran umgangen werden konnten.

Seit 1995 ist auch die Periode der Hyperinflation beendet, was durch die Rückführung des Budgetdefizits erreicht werden konnte. 1996 wird eine jährliche Inflationsrate von 20% angestrebt. IWF und Weltbank stellten Kredite für die Umstrukturierung der Wirtschaft zur Verfügung. Auch durch Auslandsinvestitionen erhält der Investitionsprozeß einen Anstoß, nachdem die Investitionstätigkeit auf wenige Prozent des Volumens vor Ausbruch der Kämpfe um Karabach zurückgegangen war.<sup>35</sup>

Der Lebensstandard der Bevölkerung ist, wenn man von den Daten der amtlichen Statistik ausgeht, extrem niedrig. Dabei werden aber offenbar die ausländischen Hilfen, die umfangreiche Schattenwirtschaft sowie die Substistenzwirtschaft in der Landwirtschaft nicht oder nicht ausreichend einbezogen. Einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Linderung der Armut (der Anteil der Bevölkerung, der Einkommen unterhalb der Armutsgrenze hat, wird auf 45% geschätzt) leisteten neben der armenischen Diaspora auch internationale Hilfsorganisationen.<sup>36</sup>

Durch die Wiedereröffnung des Kernkraftwerkes Mezamor im Herbst 1995, die trotz erheblicher Sicherheitsbedenken und mit russischer Hilfe erfolgte, konnte der Elektrizitätsbedarf zum Teil

<sup>33</sup> Interfax/Interstate Statistical Committee of the CIS Report 26/1996.

<sup>34</sup> EIU Country Report Armenia, 2nd quarter 1996, S. 41

<sup>35</sup> Vgl. auch Interfax/Interstate Statistical Committee of the CIS Report 26/1996, S. 12-25 (Portrait of a Region: Armenia in 1995).

<sup>36</sup> Zur sozialen Lage vgl. Vadim Dubnov, Armenia, kotoraja naučilas' žit' v blokade, in: Novoe vremja 11/1996, S. 15-19; Vicken Cheterian, Risky Biznes, in: NZZ-Folio, September 1995, S. 41-44.

gedeckt werden.<sup>37</sup> Ab 1997 wird iranisches Erdgas durch eine neu gebaute Pipeline nach Armenien gelangen. Auch steht der Bau eines Pipelinestranges von Aserbaidschan durch Armenien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan zur Diskussion.

Der Außenhandel ist durch stürmisches Wachstum, vor allem aber der Importe, gekennzeichnet. Während vor allem Diamanten (in westliche Länder) und mineralische Produkte sowie Maschinen (vor allem in GUS-Staaten) exportiert werden, haben beim Import die Bezüge von Energieträgern (Erdgas aus Turkmenistan), die notwendigen Getreideimporte sowie Konsumgüter vor allem aus dem Iran den größten Umfang. Bei den Exportländern stehen Rußland, Turkmenistan, der Iran sowie Belgien an erster Stelle, gefolgt von der Bundesrepublik. Bei den Importen führen Rußland, Turkmenistan, der Iran sowie die USA, die 1995 für rund 100 Mio. \$ humanitäre Hilfe gewährten.<sup>38</sup>

Der Wechselkurs der Nationalwährung Dram hat sich stabilisiert, was trotz des erheblichen Handelsbilanzdefizits durch die zunehmenden Kapitalimporte erreicht wurde.

Ebenso wie in Georgien schafft auch in Armenien die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung für wirtschaftliche Reformen eine gute Grundlage für einen Wirtschaftsaufschwung. Dazu kommt, daß das Land zu Zeiten der Sowjetunion ein wichtiger Standort der Computertechnologie war und über entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte verfügte, die heute zum Teil in neugegründeten Unternehmen tätig sind.<sup>39</sup>

Bezeichnend ist auch, daß in Armenien bereits 1991 die erste Landreform im Bereich der GUS, die nicht nur auf dem Papier stand, verwirklicht wurde.<sup>40</sup> Aber auch das weitgehende Fehlen natürlicher Ressourcen hat die Armenier geradezu gezwungen, marktwirtschaftliche Reformen durchzuführen.<sup>41</sup> Wesentlichen Anteil daran hatten der seit 1994 amtierende Zentralbankchef Bagrat Asatrian, der die Praxis der Gewährung von Krediten an Verlustunternehmen beendete.

Nachdem sich die Wirtschaft des Landes an die Verkehrsblockaden durch die Türkei und Aserbaidschan angepaßt hat, ist von einem Friedensschluß um Nagornyj Karabach kein unmittelbarer Wirtschaftsaufschwung in Armenien zu erwarten. Ein Frieden, auf den internationale Vermittler und auch der armenische Präsident Levon Ter-Petrosian hinarbeiten, hängt davon ab, daß eine Kompromißformel für die Selbständigkeit der Enklave gefunden wird, der den Ansprüchen der politischen Führung Berg-Karabachs wie auch denjenigen Aserbaidschans Rechnung trägt.

### *Aserbaidschan*

		1994	1995	1996
Bevölkerung	Mio.	7,5	7,5	
BIP	Mrd. \$	10,4	8,8	
BIP-Veränderung	%	-21	-17	-7
BIP/Einwohner	\$	1.400	1.200	
Inflation	%	400	30	

<sup>37</sup> DER SPIEGEL 49/1995, S. 191-192.

<sup>38</sup> Interfax/Interstate Statistical Committee of the CIS Report 26/1996, S. 18/19.

<sup>39</sup> Ein Beispiel für eine derartige Firma ist Aragast B, die sich im Multimedia-Geschäft betätigt; vgl. Patrick Läderach, Inseln im Chaos, in: NZZ-Folio, September 1995, S. 23-25 und Chrystia Freeland, Launching out of limbo into cyberspace, in: Financial Times, 27. 5. 1995, S. 2.

<sup>40</sup> Fortschreitende Privatisierung in Armenien, in: Neue Zürcher Zeitung, 30. 3. 1995, S. 12.

<sup>41</sup> Zitiert nach Chrystia Freeland, Economic Reforms prompt hopes of renaissance, in: Financial Times, 7. 6. 1995, S. 23.

Erdöl	Mio. t	9,6	9,1	
Erdgas	Mrd. m <sup>3</sup>	6,4	6,6	
Baumwolle	Mio. t	0,3	0,3	
Getreide	Mio. t	1,0	1,1	

Die Wirtschaft Aserbaidshans ist durch den Krieg mit Armenien um Berg-Karabach schon deswegen mehr betroffen worden als die des Kriegsgegners, weil sich die Auseinandersetzungen auf seinem Territorium abspielten. Die landwirtschaftliche Erzeugung litt unter den Kriegsfolgen, was um so gravierender zu Buche schlägt, als Aserbaidshan (bei einer eigenen Bevölkerung von 7,5 Mio) rund 1 Mio. Flüchtlinge aus Armenien und Berg-Karabach zu versorgen hat.<sup>42</sup>

Die mit dem wirtschaftlichen Reformprogramm einher gehende Politik der monetären Stabilisierung, die zu einer beachtlichen Absenkung der Inflationsrate geführt hatte (1994: 1.700%, 1995: 400%, 1996: voraussichtlich 25-30%) verschärfte den wirtschaftlichen Kontraktionsprozeß, der nach einem dramatischen Produktionsrückgang um 17% im Jahre 1995 auch 1996 mit einem Rückgang des BIP um etwa 7% anhalten wird.<sup>43</sup> Aserbaidshan gehört Mitte der neunziger Jahre zu den GUS-Staaten mit dem niedrigsten BIP pro Einwohner, obwohl das Land zu den Nachfolgestaaten der UdSSR zählt, die sich wegen ihrer guten Ressourcenbasis Hoffnungen auf eine schnelle Überwindung der Wirtschaftskrise machen konnten.

Die Gründe für die schlechte Wirtschaftslage sind vor allem in den gestörten Außenbeziehungen des Landes, d.h. in seinem Verhältnis zu Armenien und Rußland zu suchen: Zwar wird der Waffenstillstand zwischen Armenien und Aserbaidshan eingehalten, doch konnte noch kein endgültiger Friedensschluß erzielt werden, weil über den Status des umkämpften Gebiets Berg-Karabach noch keine Einigkeit besteht. Davon aber hängen wichtige Entscheidungen über den Verlauf von Erdöltrassen ab (vgl. unten).

Die von Rußland im Dezember 1994 einseitig vorgenommene Grenzsperrung, die mit dem Eindringen von Kämpfern nach Tschetschenien und dem Waffennachschub für die Rebellen begründet wurde, hat die aserbaidshanischen Ausfuhren z.B. von Erdölausrüstungen, aber auch den Import, erheblich betroffen. Inzwischen sind die Straßen- und Luftverkehrsverbindungen nach Rußland wieder geöffnet, jedoch bleiben der Eisenbahn- und Schiffsverkehr weiter blockiert. Die Eisenbahnverbindung zur Exklave Nachitschewan, die durch das von armenischen Truppen besetzte Gebiet führt, ist ebenfalls unterbrochen. Sie wird über den Iran und die Türkei versorgt.

Die Beziehungen Aserbaidshans mit Rußland sind aus mehreren Gründen belastet. Aserbaidshan zögerte lange, bis es (1993) seinen Beitritt zur GUS ratifizierte.<sup>44</sup> Es sträubt sich gegen russische Militärbasen auf seinem Boden; es schloß gegen den Willen Rußlands mit ausländischen Erdölkonzernen Verträge über die Ausbeutung der Vorkommen im Kaspischen Meer; Rußland verdächtigt Aserbaidshan (und als sein Hintermann die Türkei) der Unterstützung der tschetschenischen Rebellen. Umgekehrt besteht in Aserbaidshan der Eindruck, daß Rußland im Karabach-Konflikt eher Armenien als Aserbaidshan unterstützt, weil Armenien ihm bei der militärischen Kooperation innerhalb der GUS weiter entgegenkommt als Aserbaidshan, das die Stationierung von russischen Grenztruppen an seiner Grenze zum Iran ablehnt.

Zu sowjetischen Zeiten war Aserbaidshan Hauptlieferant für Erdölausrüstungen in der UdSSR. Nachdem die Exportaussichten für diesen Industriezweig weitgehend geschwunden sind, da in

<sup>42</sup> Vgl. auch Wostok-Spezial: Aserbaidshan, in: Wostok 4/1996, S. 35-66.

<sup>43</sup> EIU Country Report Azerbaijan, 2nd quarter 1996, S. 37-39 und 1st quarter 1996, S. 35-37.

<sup>44</sup> Gabil Kötscherli, Die Beziehungen zur GUS, in: Wostok 4/1996, S. 41.



Rußland russische und westliche Anbieter den Markt beherrschen, hofft man wenigstens mit westlichen Firmen, die in Aserbaidschan tätig werden, ins Geschäft zu kommen.

Die Erdölraffinerien des Landes hatten eine Verarbeitungskapazität von 26 Mio. t besessen und sind gegenwärtig nur zu einem Drittel ausgelastet. Allerdings bedürfen sie ebenso wie der Erdöl-Maschinenbau der Renovierung. Danach sollen sie den aserbaidischen Anteil des Rohöls, das zusammen mit westlichen Konsortien gefördert wird, verarbeiten.

Nachdem die Pläne eines internationalen Konsortiums für die Ausbeute von Erdölvorkommen im Kaspischen Meer nahe Baku im September 1994 Gestalt angenommen hatten, hat sich der russische Druck auf Aserbaidschan verstärkt. Rußland bestreitet Aserbaidschan das Recht auf die autonome Verfügung über die Bodenschätze eines auf Aserbaidschan entfallenden Segments des Kaspischen Meeres und vertritt den Standpunkt, daß dieses nur in Kooperation aller Anrainerstaaten verwaltet und ausgebeutet werden darf. Rußland wird darin vom Iran gegen Aserbaidschan sowie Kasachstan, das dieselbe Auffassung wie Aserbaidschan hat, unterstützt. Rußland verlangt, daß der Hauptteil des aserbaidischen Erdöls, wie auch das Erdöl aus Kasachstan sowie das Erdgas aus Turkmenistan über russisches Territorium nach Westen geleitet werden solle. Es behielte dadurch die Kontrolle über die Ausbeutung der Bodenschätze der Kaspi-Region und würde an den Transitgebühren verdienen.

Als regionale Gegenspieler Rußlands treten die Türkei und der Iran auf, die aber aus verschiedenen Gründen schlechte Karten haben: Die Türkei würde eine Trassenführung über Aserbaidschan und Armenien unterstützen, die in türkischen Schwarzmeer- und Mittelmeerhäfen endet. Sie wehrt sich gegen den Öltransport von russischen Schwarzmeerhäfen durch den Bosphorus. Allerdings kann die Türkei kaum die notwendigen Finanzmittel für den Pipelinebau aufbringen und ist in ihren Plänen von einer Einigung zwischen Armenien und Aserbaidschan abhängig. Gegen die Einbindung Irans in die Erdöl und Erdgasprojekte im Kaspischen Raum erheben die USA aus politischen Gründen Widerspruch. Sie bewirken damit ungewollt, aber unverkennbar eine Annäherung zwischen Rußland und dem Iran.<sup>45</sup>

Es ist zu beobachten, daß Rußland sowohl durch Abkommen auf Regierungsebene als auch durch Beteiligungen seiner Ölgesellschaften (vor allem Lukoil) seinen Einfluß in der Region auszubauen sucht. Ein erstes Ergebnis seiner Bemühungen ist darin zu sehen, daß die Hälfte des "early oil" aus den neu erschlossenen Vorkommen im Kaspischen Meer über das bestehende russische Pipelinennetz nach Noworossisk fließen wird, die andere Hälfte durch eine neu zu bauende Pipeline zum georgischen Ölterminal Supsa bei Batumi.

Die versteckte Arbeitslosigkeit ist in Aserbaidschan hoch; die soziale Lage ist wegen der niedrigen Einkommen angespannt. Während die Arbeiter in der Erdölindustrie mit ihrem Verdienst gerade ihren Lebensunterhalt bestreiten können, betragen die Einkommen in den Bereichen Bildung und Gesundheitsfürsorge nur Bruchteile davon. Freilich ist auch bereits eine Schicht gut verdienender Jungunternehmer und Angestellter in Banken und Handelsunternehmen entstanden, die zusammen mit westlichen Spezialisten und Geschäftsleuten in der Hauptstadt Baku für den Eindruck von Geschäftigkeit sorgen.

---

<sup>45</sup> Zum Gesamtproblem der Erdöl- und Erdgasinteressen rund um das Kaspische Meer vgl.: Ariel Cohen, *The "New Great Game": Pipeline Politics in Eurasia*, in: *Eurasian Studies*, 1/1996, S. 2-26; Rosemarie Forsythe, *The Politics of Oil in the Caucasus and Central Asia*, in: *Adelphi Paper* 300/1996; Abidin Bozdog, *Um Öl und Gas: Internationale Konfliktlinien im Kaukasus und in der kaspischen Region*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/1996, S. 587-597.

## Georgien

		1994	1995	1996
Bevölkerung	Mio.	5,4	5,4	
BIP	Mrd. \$	5,3	5,1	
BIP-Veränderung	%	-35	2	8
BIP/Einwohner	\$	1.000	900	
Inflation	%	19.000	250	
Getreide	Mio. t	0,3	0,5	

Georgien war wegen seines großen illegalen, aber geduldeten privatwirtschaftlichen Sektors zu Sowjetzeiten eine Art von wirtschaftlichem Paradies innerhalb der UdSSR.<sup>46</sup> Es hat in den neunziger Jahren durch die Regionalkonflikte um Abchasien, Adscharien und Südossetien sowie durch die Kämpfe um die Macht im Staate noch mehr gelitten als die sich bekriegenden Nachbarn Armenien und Aserbaidschan und einen wirtschaftlichen Niedergang erlebt, wie er nur in Tadschikistan in vergleichbarer Größenordnung vorkam. Sein Sozialprodukt ist im Vergleich zur Sowjetzeit um drei Viertel reduziert. Die Bevölkerung überlebte teilweise nur durch Spenden ausländischer Hilfsorganisationen.<sup>47</sup>

Georgien hatte erhebliche Probleme mit seiner Energieversorgung, als seine Versorgungswege über Aserbaidschan und Rußland zeitweilig unterbrochen wurden. Es kann überdies seine Energiebezüge (vor allem Erdgas aus Turkmenistan) kaum bezahlen. Die eigene Kohleförderung sowie die Gewinnung von Elektrizität aus Wasserkraftwerken sind wegen Erschöpfung der Potentiale und wegen unterlassener Reparaturen stark zurückgegangen.

Nachdem der damalige Parlamentsvorsitzende und gegenwärtige Präsident Eduard Schewardnadse Mitte 1994 die Ernennung reformorientierter Minister und eines neuen Chefs der Nationalbank durchsetzte und die Kontakte mit IWF und Weltbank erneuerte, wurde eine Phase der wirtschaftlichen Konsolidierung eingeleitet, die 1995 bereits erste Früchte trug. Der Produktionsrückgang wurde gestoppt, die Inflation auf 60% und das Budgetdefizit auf 6% reduziert. Im Oktober 1995 konnte erfolgreich die neue Währung Lari eingeführt werden, die den zuvor zirkulierenden russischen Rubel und den Dollar ersetzte und das vollständig fehlgeschlagene Experiment der Coupon-Währung beendete. Nicht verringert hat sich die Auslandsverschuldung (etwa 1 Mrd. \$), die vor allem gegenüber GUS-Staaten aufgehäuft wurde, während die Verschuldung gegenüber westlichen Staaten gering ist. Hauptgläubiger ist Aserbaidschan, mit dem eine Umschuldung seiner Forderungen für Gaslieferungen in Höhe von 400 Mio \$ vereinbart wurde.

Für 1996 erwartet man wirtschaftliches Wachstum in Höhe von 8%, eine weitere Reduktion der Inflationsrate sowie ein noch geringeres Budgetdefizit. Georgien beginnt allmählich, seine Exportmärkte in Rußland wieder zu erobern. Die Privatisierung geht voran: Im Frühjahr 1996 waren fast alle Klein- und Mittelbetriebe privatisiert. An den Großbetrieben konnte die Bevölkerung durch Privatisierungsgutscheine Anteile erwerben. Auch Grund und Boden kann von Privaten gekauft werden (allerdings nicht von Ausländern). Freilich sind bislang nur 10% des bewässerten Bodens privatisiert; weitere Flächen können gepachtet werden.<sup>48</sup>

<sup>46</sup> Natela Turnava, Tenvaja ekonomika: včera i sodogndja, in: Delovoj mir, 23. 2. 1996, S. 2.

<sup>47</sup> Michael Wyzan, Georgia: The Economy heads upward, in: Transition, 14. 6. 1996, S. 44-45; Ders., Georgia's Economy in First Quarter 1996: Solid Improvement from a Low Base, in: OMRI Analytical Brief, 17. 6. 1996; Wostok-Spezial Georgien, in: Wostok 3/1996.

<sup>48</sup> EIU CR 2/1996, S. 14.

Als Glücksfall für Georgien erwies sich die zwischen Aserbaidschan, Rußland und den westlichen Ölgesellschaften ausgehandelte Kompromißlösung über den Erdöltransport aus den aserbaidshanischen Förderstätten im Kaspischen Meer. Ein Teil der anfänglichen Fördermenge (des "early oil") wird über georgisches Gebiet zum Ölterminal Supsa bei der Hafenstadt Poti transportiert. Dabei nimmt Georgien zwar nur geringe Transitgebühren ein (etwa 8 Mio. US-\$ pro Jahr), profitiert aber von den erforderlichen Investitionen in den Leitungsbau sowie von einer sicheren Ölversorgung und hat die Option auf den Bau weiterer Pipelines für die Hauptförderung.<sup>49</sup>

Die Wirtschaft des Landes wird weiterhin durch die separatistischen Bestrebungen in den drei Provinzen Südossetien, Abchasien und Adscharien beeinträchtigt.<sup>50</sup> Während man in Südossetien die Hoffnung auf Vereinigung mit der russischen Republik Nordossetien aufgegeben hat und sich mit einer gewissen Selbstverwaltung begnügen will, konnte mit den beiden Schwarzmeeraanrainern Abchasien und Adscharien, die jede Unterstellung unter georgische Souveränität ablehnen und auf das georgische Angebot einer weitgehenden Selbständigkeit innerhalb einer Föderation nicht eingehen wollen, noch keine Einigung erzielt werden. Besonders angespannt ist die Lage in Abchasien, aus dem 250.000 Georgier vertrieben wurden. Es soll durch eine Verkehrsblockade, die auch den Hafen Suchumi einschließt, zu Verhandlungen gezwungen werden; die Blockade scheint jedoch nicht lückenlos zu sein und Georgien erwartet von Rußland mehr Druck auf den abtrünnigen Landesteil. Daß dieser nicht im erforderlichen Maß ausgeübt wird, könnte damit zusammenhängen, daß Georgien einer Stationierung russischer Grenztruppen an seiner Grenze zur Türkei nicht zustimmt.

Das zukünftige Wachstumspotential wird vor allem in der (nun weitgehend privatisierten) Landwirtschaft und der auf ihr aufbauenden Verarbeitungsindustrie sowie im Tourismus gesehen, wobei aber noch eine Vielzahl von Schwierigkeiten zu überwinden sind. Der für landwirtschaftliche Produkte (Wein) früher bedeutende Exportmarkt Rußland kann nur auf dem Seeweg (Häfen Poti und Batumi) beliefert werden, so lange die Eisenbahnverbindung durch Abchasien wegen des ungelösten Sezessionskonflikts sowie der Landweg durch Ossetien wegen des Tschetschenienkrieges unterbrochen bleiben. Die neu eröffneten Handelswege über die georgisch-türkische Grenze sind vor allem für den Import von Konsumgütern von Bedeutung.

Da die russischen Touristen wie auch in anderen GUS-Staaten wohl auch künftig ausbleiben werden, setzt man auf einen "sanften" Tourismus mit Hilfe westlicher Investoren. Die verarbeitende Industrie, darunter die Metallurgie und der Fahrzeugbau, könnten nach einer Umstrukturierung und einer Überarbeitung des Produktionsprogramms und durch Auslandsinvestitionen ebenfalls einen Aufschwung nehmen. Die Gesetzgebung für ausländische Investoren soll 1996 abgeschlossen werden. Voraussetzung für verstärktes Auslandsengagement ist aber auch die Behebung des Energiemangels durch Renovierung der Wasserkraftwerke und stetige Belieferung des Landes mit Erdöl und Erdgas. Der Bau der ersten Trasse der Erdölpipeline aus Aserbaidschan mit Investitionskosten von 120 Mio. \$ bedeutet auch Aufträge für die georgische Wirtschaft.

### ***Die mittelasiatischen Republiken***

Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan zeichnen sich innerhalb der GUS durch Merkmale struktureller Unterentwicklung aus: In allen Staaten ist die Wirtschaft einseitig auf Rohstoffgewinnung und landwirtschaftliche Monokultur ausgerichtet. Die ökologischen Belastungen sind besonders hoch. In Tadschikistan führten Unterentwicklung einerseits

<sup>49</sup> Kommersant' daily, 4. 4. 1996, S. 4.

<sup>50</sup> Irakli Tsereteli, Seeking Stability under Shevardnadze, in: Transition, 26. 7. 1996, S. 42-45.

und die Ballung von politischen Konflikten andererseits zur Verelendung der Bevölkerung. Während Kirgistan und Kasachstan dem ökonomischen Liberalismus zuneigen, setzen Usbekistan und Turkmenistan die Sicherung von politischer und wirtschaftlicher Stabilität an erste Stelle.

### *Kasachstan*

		1994	1995	1996
Bevölkerung	Mio.	16,7	16,5	16,5
BIP	Mrd. \$	41,6	38,8	
BIP-Veränderung	%	-25	-9	1,5
BIP/Einwohner	\$	2.500	2.400	
Inflation	%	1.900	175	45
Erdöl	Mio. t	20,4	20,5	23,0
Erdgas	Mrd. m <sup>3</sup>	4,5	5,9	
Kohle	Mio. t	104,0	83,2	
Baumwolle	Mio. t	0,2	0,2	
Getreide	Mio. t	16,4	9,5	18,0

Kasachstan ist nach der Fläche (fast die zehnfache der BRD) das zweitgrößte Mitglied der GUS, steht mit 16,5 Mio. Einwohnern sowie mit dem Umfang seiner gesamtwirtschaftlichen Produktion nach Rußland, der Ukraine und Usbekistan aber nur an vierter Stelle der GUS-Staaten.<sup>51</sup> Wirtschaftliche Schwerpunkte Kasachstans sind der Erzbergbau, die Förderung von Erdöl und Erdgas sowie die Getreideerzeugung. Die vormals ebenfalls bedeutende verarbeitende Industrie ist mit dem Stillstand der meisten Rüstungsbetriebe sowie vieler Betriebe des zivilen Maschinenbaus und der Textilindustrie fast zum Erliegen gekommen.<sup>52</sup>

In Kasachstan erfolgte zwischen 1991 und 1995, vor allem bedingt durch den Verlust von Absatzmärkten im Gebiet der ehemaligen UdSSR und dem Vordringen importierter Konsumgüter, ein anhaltender wirtschaftlicher Abschwung. Erst für 1996 wird eine Konsolidierung erwartet, wofür das Ende der hohen Inflation Voraussetzung war.<sup>53</sup>

Kasachstans makroökonomische Politik hat seit 1995 auf Stabilisierung umgeschaltet und entspricht den Vorstellungen des IMF und westlicher Kreditgeber. Die wirtschaftspolitischen Instanzen, vor allem die Zentralbank, zeigen in jüngster Zeit mehr Verständnis für Stabilisierung und Wirtschaftsreform nach westlichen Vorstellungen und sind professioneller als in den anderen mitelasiatischen Ländern. Dennoch sind marktwirtschaftliche Reformen in der Industrie sowie der Landwirtschaft noch nicht weit fortgeschritten. Während sich der Kleinhandel selbständig entwickelt und sich die Regierung ihre Aufmerksamkeit auf die Großprojekte im Erdöl- und Erdgassektor konzentriert, bleiben die Zukunftsaussichten der verarbeitenden Industrie weithin unklar. Ein beträchtliches Problem bereitet die Emigration von Fachkräften russischer, ukrainischer und deutscher Nationalität. Dagegen belastet der hohe Bevölkerungszuwachs der einheimischen Bevölkerung, verstärkt durch Immigranten aus China, den Arbeitsmarkt.

<sup>51</sup> Siehe auch Beilage Kasachstan in: Wostok 3/1993.

<sup>52</sup> Die wirtschaftliche Lage des Landes wird in unregelmäßiger Folge vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München begutachtet, zuletzt in: Thomas Röhm u.a., Kasachstan: Wirtschaft und Reformen 1995, Köln 1996 (= ifo Studien zur Osteuropa- und Transformationsforschung 20).

<sup>53</sup> Vgl. auch Anthony Robinson/Sander Thoenes, Glow of prosperity amid the ashes, in: Financial Times Survey Kazakhstan, 11. 7. 1996, S. 1.

Kasachstan zeigt große Bereitwilligkeit zur Kooperation mit ausländischem Kapital, wofür die Übergabe von etwa 20 Industriebetrieben - vornehmlich aus den Bereichen Metallurgie und Erzbergbau - an ausländisches Management spricht. Vom Auslandskapital erhofft man sich auch wesentliche Hilfe bei der Erschließung der Erdöl und Erdgasvorkommen, da weder die kasachische noch die russische Technologie mit den besonderen Gegebenheiten der kasachischen Lagerstätten, wie große Fördertiefe und hoher Säuregehalt, zurechtkomme. Allerdings ist im Bereich der Privatisierungs- und Konzessionspolitik eine gewisse Sprunghaftigkeit zu verzeichnen, die eine Reihe von Interessenten schon vertrieben hat.<sup>54</sup>

Kasachstans Erdöl- und Erdgasvorräte sind im Westen, Nordwesten (Erdölrevier Tengis und das Erdgas- und Erdölfeld Karatschaganak) sowie im Zentrum der Republik zu finden. Das Erdgas und Erdöl der westlichen Felder soll über russisches Territorium und durch neue Pipelines zum Schwarzen Meer gepumpt werden, wofür das "Kaspische Pipelinekonsortium" unter zunächst gleicher Beteiligung Kasachstans, des Oman und Rußlands gegründet wurde. Dieses ist bislang mit dem Bau der vorgesehenen Trassenteile kaum voran gekommen, was an Finanzierungsproblemen und dem Drängen Rußlands auf entscheidenden Einfluß lag. Seit April 1996 hat Rußland bzw. russische Gesellschaften 70% der Anteile und gibt grünes Licht für die Fertigstellung der Trassenverbindungen zwischen dem kasachischen und dem russischen Pipelinennetz.<sup>55</sup>

Die Förderung im Revier Tengis, wofür 1993 der "Jahrhundertvertrag" mit der amerikanischen Ölfirma Chevron abgeschlossen war, kommt indessen weit langsamer als geplant in Gang. Sowohl Rußland als auch Kasachstan stellten nur geringe Pipelinekapazitäten zur Verfügung, was Chevron zur Kürzung seiner Investitionen veranlasste. Im April 1996 beteiligte die kasachische Seite zudem Mobil Oil, und damit einen Konkurrenten von Chevron, an dem Vorhaben. Chevron seinerseits zeigt Bereitschaft, Anteile an die russische Ölgesellschaft Lukoil zu verkaufen.

Kasachstan möchte eine Politik der ausgeglichenen Annäherung sowohl zu Rußland als auch zu seinen zentralasiatischen GUS-Nachbarn verfolgen. Es ist zusammen mit Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan seit 1993 Mitglied in der Union der zentralasiatischen Staaten. Im April 1996 ist es der Zollunion zwischen Rußland, Belarus und Kirgistan beigetreten. Es erhofft sich davon eine Belebung des Warenaustausches mit dem nördlichen Nachbarn, worauf es in hohem Umfang angewiesen ist: der gesamte Osten Kasachstans wird von Rußland her versorgt, da Ost-West-Verbindungen durch das Land fehlen. Einer engeren Union mit Rußland, wie sie Belarus vorexerziert, steht Kasachstan jedoch ablehnend gegenüber: Es muß auf einer gewissen Eigenständigkeit gegenüber Rußland bestehen, wenn es seine vorwiegend von Russen besiedelten Nordgebiete nicht verlieren und weiterhin die Rolle eines Mittlers zwischen Zentralasien und Rußland spielen will.

Kasachstan ist neben Rußland das Land mit den höchsten, aus den Sowjetzeiten geerbten Umweltschäden. Die Stichworte "Semipalatinsk", "Aralsee" und "Neulandgewinnung" kennzeichnen nur die bekanntesten Großprojekte aus sowjetischer Zeit mit extremen Folgen für die Umwelt. Daneben existieren Tausende weiterer Orte, an denen Atomversuche, Uranabbau, chemische und bakteriologische Experimente, Metallverhüttung, Erdölförderung und andere wirtschaftliche sowie militärische Aktivitäten schwere Umweltschäden hinterlassen haben, deren Behebung zukünftigen Generationen überlassen bleibt.

---

<sup>54</sup> Röhm u.a., a.a.O., S. 34-45.

<sup>55</sup> Röhm u.a., a.a.O., S. 51-71.

## Kirgistan

		1994	1995	1996
Bevölkerung	Mio.	4,4	4,4	
BIP	Mrd. \$	5,9	5,6	
BIP-Veränderung	%	-27	-7	2
BIP/Einwohner	\$	1.340	1.300	
Inflation	%	87	32	25
Kohle	Mio. t	0,8		
Getreide	Mio. t	1,0	1,0	

Kirgistan verfügt über Bodenschätze wie Gold, Uran und Kohle. Die Stromerzeugung in den Wasserkraftwerken bewahrt das Land vor einer Energiekrise und verschafft ihm Exporteinnahmen. Es gibt wegen des gebirgigen Reliefs aber nur geringe Möglichkeiten für die Landwirtschaft außerhalb der Viehzucht. Das Land beherbergte zu Zeiten der Sowjetunion eine Reihe von Rüstungsbetrieben, die nun ebenso wie zivile Industriebetriebe weitgehend stillgelegt sind. So erlitt das Land zwischen 1992 und 1994 einen tiefen Wirtschaftseinbruch, obwohl es sich unter Präsident Akajew mehr als alle anderen GUS-Republiken marktwirtschaftlichen Reformen verschrieben hat. Für die Zeit ab 1996 werden die Wachstumsaussichten wieder günstiger eingeschätzt.<sup>56</sup>

Die Inflation konnte erheblich gesenkt werden und die Währung ist stabil, wozu auch IWF-Kredite beitrugen. Die Privatisierung ist Ende 1995 im Großen und Ganzen abgeschlossen worden.<sup>57</sup> Die relativ günstigen makroökonomischen Indikatoren können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Arbeitslosigkeit, Schattenwirtschaft und Wirtschaftskriminalität großen Umfang aufweisen, die Bevölkerung stark verarmte und die Ernährungslage für Teile der Bevölkerung nicht weit von einer Hungersnot entfernt ist.<sup>58</sup>

## Tadschikistan

		1994	1995	1996
Bevölkerung	Mio.	5,8	5,8	
BIP	Mrd. \$	5,3	4,7	
BIP-Veränderung	%	-12	-12	-10
BIP/Einwohner	\$	1.100	900	
Inflation	%	340	850	
Baumwolle	Mio. t	0,5	0,3	
Getreide	Mio. t	0,1	0,2	

<sup>56</sup> Marek Dabrowski u.a., Economic Reforms in Kyrgyzstan, in: Communist Economies & Economic Transformation, 3/1995, S. 269-297; Hansjörg Herr/Jan Prieue, Entwicklungsstrategien für Transformationsökonomien am Beispiel der Republik Kirgistan: Ein Diskussionsbeitrag, in: Osteuropa-Wirtschaft 1/1995, S. 51-71; Gerhard Reinecke, Politische Entwicklung im nachsowjetischen Mittelasien: Demokratisierung in Kirgistan, in: Berichte des BIOst 57/1995; Wostok-Thema Kyrgysstan, in: Wostok 3/1994.

<sup>57</sup> Ian Pryde, Privatization in the Kyrgyz Republic, in: The Royal Institute of International Affairs (Hrsg.), Former Soviet South Project 8/1996.

<sup>58</sup> Kyrgyzstan, in: Focus Central Asia 1/1996, S. 73.

Tadschikistan war schon zu Sowjetzeiten wirtschaftliches Schlußlicht der UdSSR; sein wirtschaftliches Potential beschränkt sich auf Rohstoff- und Energiegewinnung, wobei ökologische Gesichtspunkte hintan gestellt werden. Da 95% des Landes Bergland sind, verbleiben für die Landwirtschaft nur äußerst begrenzte Flächen. Durch den Bürgerkrieg der Jahre 1992 bis 1994 wurde der Produktionsrückgang verstärkt, so daß das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau 1995 bei nur etwa 40% desjenigen von 1989 lag.

Nach einer gewissen Beruhigung der innenpolitischen Situation kam es im Jahr 1996 zu einer Erhebung von Teilen des tadschikischen Militärs ("Warlords") in Kurgan-Tjube und Tursun-Sade gegen den in Duschanbe regierenden Staatspräsidenten Rachmonow sowie zu einem Aufkommen der Kämpfe mit der von Afghanistan aus operierenden bewaffneten Opposition. Rußland hält an Rachmonow fest, da es islamische Einflüsse auf das Land und im Süden der GUS abwehren will. Seine 30.000 Mann Grenztruppen können die 1.300 km lange Grenze zu Afghanistan längst nicht kontrollieren und auch keine Befriedung des Landes gewährleisten.<sup>59</sup>

Wichtige Industriezweige Tadschikistans sind die Stromerzeugung aus Wasserkraft, die Aluminiumproduktion sowie der Abbau von Silber, Gold und Kohle. Die industrielle Entwicklung wird außer durch die angespannte innenpolitische Situation auch dadurch gehemmt, daß das Land durch seine geographische Lage im äußersten Süden der ehemaligen UdSSR auf lange Handelswege angewiesen ist. Das große Aluminiumwerk in Tursun-Sade (Regar) ist von russischem Rohstoff abhängig. Tadschikistan kann seine Baumwolle und seinen aus Wasserkraft gewonnenen Strom nur an seine direkten Nachbarn (Usbekistan und Kirgistan) verkaufen bzw. über deren Territorium an Kasachstan und Rußland liefern.<sup>60</sup>

Lebensmittelimporte (vor allem Getreide aus Kasachstan) können kaum finanziert werden. Für 1996 erwartete man ein Getreidedefizit von 250.000 t, das von der internationalen Hilfe in Höhe von 100.000 t nicht mehr abgedeckt werden kann.<sup>61</sup> Die realen Einkommen des größten Teils der Bevölkerung sind extrem gesunken und die Arbeitslosigkeit dürfte hier die höchste Rate in der GUS erreichen. Es ist zu befürchten, daß sich im Wirtschaftsleben des Landes militärische und kriminelle Strukturen auf Dauer einnisten. Schon heute führt durch die Republik die wichtigste Route für den Drogenhandel von Pakistan/Afghanistan in Richtung Rußland und Westeuropa.

### *Turkmenistan*

		1994	1995	1996
Bevölkerung	Mio.	4,4	4,1	
BIP	Mrd. \$	7,8	6,8	
BIP-Veränderung	%	-20	-15	4,5
BIP/Einwohner	\$	1.900	1.600	
Inflation	%	2.500	500	
Erdöl	Mio. t	4,5	4,7	
Erdgas	Mrd. m <sup>3</sup>	35,8	32,2	38,0
Baumwolle	Mio. t	1,3	1,3	
Getreide	Mio. t	1,1	1,0	

<sup>59</sup> Wolfgang Hesse, Tadschikistan versinkt im Chaos: Greift Rußland militärisch ein?, in: AZI 7/1996, S. 3-6.

<sup>60</sup> Tajikistan, in: Focus Central Asia 1/1996, S. 48-59.

<sup>61</sup> David Schraven, Drohende Hungersnot in Tadschikistan, in: Neue Zürcher Zeitung, 8. 2. 1996, S. 7.

Das zu 90% von Wüste bedeckte Land verfügt über sehr große Erdgaslagerstätten und beachtliche Erdölreserven. Daneben bietet es günstige klimatische Voraussetzungen für den Baumwollanbau, aber nur eine schmale Basis für die Nahrungsmittelproduktion. Das seit 1990 ununterbrochen von Präsident Saparmurad Nijasow autoritär regierte Land verschließt sich mehr als alle anderen Nachfolgestaaten der UdSSR marktwirtschaftlichen Reformen.<sup>62</sup>

Von einer Wiederanhebung des Erdgas-Förderniveaus auf den Umfang Ende der achtziger Jahre und der Preise auf Weltmarktniveau erhoffte man sich in Regierungskreisen gewaltigen Wohlstand. Das langfristige Erdgas-Förderpotential wird auf 100 Mrd. m<sup>3</sup> pro Jahr geschätzt, d.h. auf etwa 10-15% desjenigen Rußlands. Jedoch konnte seit 1993 nicht einmal die Hälfte der ehemaligen Spitzenförderung (1990: 88 Mrd. m<sup>3</sup>) erreicht werden. Dies lag teilweise an mangelnden Investitionen im Gasbereich, vor allem aber an der schwierigen Absatzsituation: Turkmenistan ist für den Erdgasexport bis auf weiteres auf das russische Pipelinenetz und damit auf die Kooperation mit der russischen Gasprom angewiesen, die ihm nur zwischen 1991 und 1993 direkte Exporte in westliche Länder zugestand. Die nach Norden führenden Exportpipelines werden von der russischen Gesellschaft Gasprom kontrolliert und Turkmenistan mußte froh sein, mit der russischen Gesellschaft Gasprom ein Übereinkommen zu erzielen, das ihm etwa die Hälfte des Weltmarktpreises (42 US-\$ statt 80 US-\$ pro 1.000 m<sup>3</sup>) garantiert. Dadurch verbleiben Turkmenistan (wie zu Zeiten der Sowjetunion) nur GUS-Staaten als Abnehmer, die nur sehr schleppend bezahlen. Deswegen diskutiert man hier verschiedene Varianten für neue Gaspipelines, die Rußland umgehen und einen unmittelbaren Zugang zu westlichen Gasmärkten eröffnen: Eine Variante schließt eine Leitung durch das kaspische Meer und dann weiter durch Aserbaidschan sowie Armenien bzw. Georgien in die Türkei ein. Alternativ dazu könnte auch eine Pipeline über iranisches Gebiet in die Türkei geführt werden, von wo aus der Zugang nach Westeuropa eröffnet wäre. Die dritte Variante, die erst im Mai 1996 von den Präsidenten Turkmenistans, Usbekistans, des Iran sowie Pakistans vereinbart wurde, führt durch Afghanistan nach Pakistan. An ihr hat auch Usbekistan Interesse, das zwar gegenwärtig ebensoviel Erdgas fördert wie Turkmenistan, dieses aber fast vollständig selbst verbraucht.

Die Pläne für den Bau aller Varianten, die Rußland umgehen, lassen sich aber nach Auffassung westlicher Beobachter kaum realisieren, da sie durch politisch instabile Regionen verlaufen, was ein sehr hohes Risiko für Kreditgeber bedeutet. Daher wird auch in absehbarer Zukunft für Turkmenistan nicht an einen direkten Gasexport auf Weltmärkte und entsprechende Deviseneinnahmen zu denken sein und auch für dieses Land der Traum vom "Kuwait am Kaspischen Meer" in diesem Jahrhundert nicht realisiert werden können. Allerdings lassen sich zunächst kleine Projekte realisieren: So werden durch den Bau einer Pipeline von nur 137 km Länge (Baubeginn 1995) die Gasnetze Turkmenistans und des Iran miteinander verknüpft. Die Rohre werden von der Ukraine geliefert, die damit Schulden gegenüber Turkmenistan abbezahlt. Die Arbeiten führt der Iran durch und wird dafür durch Gaslieferungen entschädigt. Das Gas wird an iranische Raffinerien geliefert und dort verflüssigt.<sup>63</sup>

Die Baumwollernte kann gegenwärtig kaum auf konstantem Stand gehalten werden, da zu viel Wasser verschwendet wird. Da die Weltmarktpreise tendenziell sinken und der größere Teil in GUS-Länder wie die wenig zahlungskräftige Ukraine geht, sind auch die Erlöse dieses Exportgutes begrenzt. Turkmenistan ist auf Nahrungsmittelimporte angewiesen, da die eigenen Anbauflächen für Getreide durch den Baumwollanbau stark begrenzt werden. Die Eigenproduktion reicht zur Ernährung der schnell wachsenden Bevölkerung nicht aus und soll daher auf 1,5 Mio. t ge-

<sup>62</sup> Roland Götz/Uwe Halbach, Turkmenistan: Informationen über eine unbekannte Republik, in: Berichte des BIOst 42 und 43, 1995.

<sup>63</sup> vwd 26. 6. 1996.



steigert werden, womit eine wirtschaftlich ungünstige Konkurrenzsituation mit dem Baumwollanbau entsteht. Vernünftiger wäre eine Eindämmung der Wasserverschwendung durch unzulängliche Bewässerungssysteme (Kara-Kum-Kanal), die Ausweitung des Baumwollanbaus sowie der Import von Lebensmitteln.

Nahrungsmittel, Medikamente sowie Investitionsgüter wurden 1995 in Höhe von 1,5 Mrd. \$ importiert, während Gas für 1,3 Mrd. \$ und Baumwolle, Erdöl sowie Erdölprodukte sowie Strom für 0,8 Mrd. \$ exportiert wurden. Die positive Handelsbilanz ist aber der einzige Lichtblick im insgesamt eher düsteren wirtschaftlichen Bild: Der Staatshaushalt kann die der Bevölkerung versprochenen Wohltaten wie billiges Brot, kostenloses Wasser und freies Wohnen nicht finanzieren.

### Usbekistan

		1994	1995	1996
Bevölkerung	Mio.	22,4	22,5	
BIP	Mrd. \$	44,7	45,0	
BIP-Veränderung	%	-4	-2	1
BIP/Einwohner	\$	1.900	1.900	
Inflation	%	1.280	115	
Erdöl	Mio. t	5,5	5,7	
Erdgas	Mrd. m <sup>3</sup>	48,5	47,4	
Kohle	Mio. t	4,6	4,2	
Getreide	Mio. t	2,4	3,2	

Usbekistan besitzt eine breite Rohstoffbasis (Energierohstoffe, Metalle) sowie eine auf Baumwolle spezialisierte Landwirtschaft, während die Eigenerzeugung bei Getreide und Gemüse nicht ausreicht. Es kann vor allem Erdgas, Metalle und Baumwolle exportieren, muß aber neben Investitionsgütern Getreide und Gemüse sowie Obst einführen. Die usbekische Wirtschaftspolitik strebt die Entwicklung der Erdölförderung und Erdölverarbeitung sowie die Ausweitung des Getreideanbaus an, um bei diesen beiden Produkten von Bezügen aus dem Ausland (d.h. aus Rußland und Kasachstan) unabhängig zu werden. Während der Energiebereich in Kooperation mit Auslandskapital, das Usbekistan als stabil schätzt, voraussichtlich wie vorgesehen entwickelt werden kann, dürften die der Landwirtschaft gesetzten Ziele nicht erreicht werden, weil es an bebaubaren Flächen und Wasser mangelt.<sup>64</sup>

Im Bereich der verarbeitenden Industrie kann Usbekistan Erfolge bei der Ansiedlung von Joint-Venture Betrieben aufweisen, wie sie selbst größeren GUS-Staaten bislang versagt waren. Das hervorstechendste Beispiel ist das im Juli 1996 in Asaka eröffnete Pkw-Werk der südkoreanischen Firma Daewoo, wo im Endausbau 200.000 Fahrzeuge pro Jahr produziert werden sollen.<sup>65</sup>

Während Usbekistan für seine Baumwolle auch Abnehmer auf den Weltmärkten findet, kann es sein Erdgas wegen des aus den Sowjetzeiten stammenden Pipelinesetzes nur an die GUS-Nachbarn Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan zu Preisen unterhalb der Weltmarktpreise liefern. Da diese Abnehmer mit der Bezahlung für ihre Erdgasbezüge zudem häufig in Rückstand gera-

<sup>64</sup> Zur Einführung siehe auch: Wostok-Thema Usbekistan, in: Wostok 4/1995; Jürgen Nowak, Die ethnopolitische Situation Usbekistans, in: Berichte des BIOst 30/1995; Uwe Halbach, Politische Entwicklungen im nachsowjetischen Mittelasien: Usbekistan, in: Berichte des BIOst 50/1994.

<sup>65</sup> vwd 19. 7. 1996.

ten, kommt es zu häufigen Liefersperren von seiten Usbekistans, was vor allem in Tadschikistan zum Stillstand der noch arbeitenden Industriebetriebe führte.

Der usbekische Präsident Karimov beansprucht, einen staatlich regulierten Weg in die Marktwirtschaft zu gehen und dabei größere Erfolge aufzuweisen als die Nachbarländer. Die amtlichen Zahlen, die auch in westlichen Veröffentlichungen reproduziert werden, lassen den Schluß zu, daß in Usbekistan ab 1993 größere Produktionsrückgänge vermieden werden konnten. Die Inflation blieb allerdings hoch, da das Verständnis für die Erfordernisse einer monetären Stabilisierung bislang gering war. Mit finanzieller und technischer Unterstützung des IWF sollen in den kommenden Jahren die marktwirtschaftlichen Reformen nachgeholt werden, die bislang mit dem Argument der Stabilität der Entwicklung verzögert wurden.

In Usbekistan wurden in sowjetischer Zeit durch unsachgemäße Eingriffe in den Wasserhaushalt schwere ökologische Schäden verursacht, von denen die Katastrophe des verlandenden und versalzenden Aralsees nur die bekannteste ist. Wie auch im Falle Kasachstans fehlen dem Staat die Mittel, um auch nur die schlimmsten Umweltschäden zu beheben.

## **Statistischer Anhang**



**Roland Götz**

## **The Economic Development of the CIS States in the 1990s**

**Bericht des BIOst Nr. 38/1996**

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

The following report looks at the CIS economy in the 1990s. It focuses chiefly on economic developments in the individual states, touching only briefly on issues of CIS integration. The introductory section provides an overview of economic relations in the CIS as a whole. It also attempts to carry out a statistical analysis of how various factors have affected the gross domestic product. Subsequently each country is considered separately, with particular attention being paid to its specific problems and to the impact the political situation has had on economic developments.

#### *Findings*

The decline in production that has taken place in the Soviet republics/successor states since the end of the 1980s has both common and country-specific causes. Common to all the newly independent states was the task of phasing out the planned economy and establishing a new economic system. Differences in the fate of production in the various countries emerged as a result both of internal and external political conflicts and of the differing resources at each country's disposal. Inflation was influenced by the extent to which military expenditure placed a burden on the state budget as well as by the monetary and credit policies pursued by the respective central banks.

In the foreign trade sector, imports, particularly of textiles, clothing, food and consumer electronics, gained ground. Exports rose in those CIS states with a large volume of raw materials at their disposal, but the orientation changed from the CIS economic space to regions outside the CIS.

The pattern of production shifted in favour of the service sector, thus starting to become more like that of Western countries. Changes in the ratio of industrial production to agriculture were determined by country-specific factors, but no uniform tendency was discernible.

The relative proportion of income spent on private consumption increased as a result of a decline in spending on defence and investments, although the absolute level of consumption fell.

Everywhere the privatisation of small trading and service companies proceeded apace. By contrast, in some CIS states (Ukraine, Belarus, Turkmenistan and Uzbekistan) the privatisation of large state enterprises in the mining and industrial processing sectors scarcely got off the ground. The progress of privatisation in the agricultural sector varied considerably from one country to another, while the large-scale privatisation of state rental apartments took place everywhere.

Social conditions for the broad mass of the population have grown worse in all CIS states in recent years: unemployment has risen (even though this was partially concealed by employment in the shadow economy); healthcare and education have deteriorated or are only available to those on higher incomes; disease, drug abuse and crime are spreading. Nevertheless, younger people view both the present and the future with optimism

In terms of the decline in production that has taken place since 1989 the Central Asian republics of Uzbekistan and Turkmenistan have been most successful in weathering the period of economic transformation: in Uzbekistan the gross domestic product fell by only 20% and in Turkmenistan by only 40%. Both countries have authoritarian forms of government and have proclaimed adherence to a controlled transition to the market. These two factors are, however, insufficient to explain the relative stability of economic development. Since greater scepticism is in order regarding the reliability of official statistics in these two states than in the other member-states of the CIS, it may be that the figures are simply being manipulated to make the situation look more rosy than it actually is. Nevertheless, in the case of Uzbekistan economic success would appear to be indicated by an increase in the production of raw materials in recent years - something that has not taken place in the other CIS states - and the fact that it has been favoured by foreign investors. By contrast, Turkmenistan is having trouble selling its main export, natural gas, and offers few attractive conditions for foreign capital.

A second group of CIS states (Russia, Belarus, Kazakhstan, Kyrgyzstan, Moldova and Armenia) saw a decline in their gross domestic product between 1989 and 1996 of between 50% and 60%. With the exception of Belarus, all of these states have been in the vanguard of economic reform within the CIS. Russia and Kazakhstan have the additional advantage of holding large potential exports of raw materials. Belarus, by contrast, seems to have put its economic transformation on ice and is likely in the near future to slip down into the category of countries with the least favourable production trends.

The states in this third group (Ukraine, Tajikistan, Azerbaijan and Georgia) have experienced a decline in their gross domestic product of more than 60% between 1989 and 1996. It includes countries - namely, Tajikistan, Azerbaijan and Georgia - that have suffered particularly economically as a result of military conflicts or economic blockades. Ukraine's economic woes are attributable to its scarcity of raw materials and, like Belarus, its reluctance to engage in reform.